



Senatskanzlei des Landes Berlin,
Maecenata Institut (Hrsg.)

Bürgerkommune und Zivilgesellschaft

**„Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“
Senatskanzlei des Landes Berlin, Maecenata Institut (Hrsg.)**

Was heißt es, eine Bürgerkommune zu sein? Was leisten engagierte Bürgerinnen und Bürger für unsere Stadt? Worin besteht der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Bewältigung so drängender Fragen wie der Integration, des demographischen Wandels und der Bildung? Wie kann Berlin die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement verbessern? Was muss geschehen, um die Zivilgesellschaft zu stärken?

Die neue Beauftragte des Senats für das Bürgerschaftliche Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, stellte sich diesen Fragen. In der zweiten Jahreshälfte 2007 hat sie dazu Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft ins Rote Rathaus eingeladen. In einem öffentlichen und dialogisch angelegten Beratungsprozess wurde gemeinsam über die Schwerpunkte der nächsten Jahre nachgedacht werden. Optimale Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, ist das Ziel des Senats.

Das Opuscula 25 veröffentlicht die Ergebnisse der als Kooperationsveranstaltung der Senatskanzlei und dem Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin durchgeführten Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“.

Impressum

Herausgeber: MAECENATA Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Albrechtstraße 22, 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,
E-Mail: mi@maecenata.eu,
Website: www.maecenata.eu

Reihe Opuscula ist frei erhältlich unter: www.opuscula.maecenata.eu

Redaktion Rupert Graf Strachwitz, Thomas Ebermann, Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840 **URN:** urn:nbn:de:0243-052008op253

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gastbeiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Eröffnungsrede

der Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig..... 4

1. Auftaktveranstaltung am 19. Juni 2007:

Bürgerschaftliches Engagement – Partizipation stärken und die lokale Demokratie weiterentwickeln..... 8

2. Abendgespräch am 29. August 2007:

Bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Schule, Bildung und Demokratie-
erziehung 19

3. Abendgespräch am 23. Oktober 2007:

Bürgerengagement und soziale Integration 34

4. Abendgespräch am 13. November 2007:

Bürgerengagement für die Berliner Kultur 43

5. Abendgespräch am 22. Januar 2008:

Wirtschaft / Corporate Social Responsibility 55

Eröffnungsrede der Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig

Am 19. Juni eröffnete die Beauftragte für das bürgerschaftliche Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, das erste von insgesamt fünf in 2007 und 2008 stattfindenden Abendgesprächen. In ihrer Rede sagte sie unter anderem:

"Ich begrüße Sie sehr herzlich zum Auftakt unserer Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“.

Wir alle sind heute Teil eines Experiments. Dies ist der Versuch, ein insgesamt noch recht junges Politikfeld in einem öffentlichen Beratungsprozess von Staat und Zivilgesellschaft für Berlin zu gestalten.

Der Senat bekennt sich zum Leitbild einer „Bürgerkommune“, und er hat im Rahmen seiner Geschäftsverteilung erstmals der gesamtstädtischen Koordinierung des Politikfeldes Bürgerschaftliches Engagement durch die Beauftragte eine zentrale Rolle eingeräumt. Der Senat hat aber gleichzeitig beschlossen, die Politik nicht im stillen Kämmerlein oder am Grünen Tisch zu entwickeln, sondern im Dialog mit Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Heute ist der Auftakt dieses Gesprächs. Ich freue mich, dass Sie gekommen sind. Und ich freue mich besonders, dass wir Herrn Professor Pfeiffer für ein Impulsreferat gewonnen haben. Lieber Herr Professor Pfeiffer, Sie sind nicht nur einer der Gründerväter der deutschen Bürgerstiftungsbewegung, sondern einer der engagierten Vertreter einer Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen eines neu gedachten Miteinanders zwischen Staat und Zivilgesellschaft insgesamt. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag - herzlichen Dank für Ihr Kommen!

Begrüßen möchte ich auch Herrn Dr. Ansgar Klein, den Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement. Vor wenigen Tagen haben Sie fünfjähriges Bestehen des BBE gefeiert, dessen Mitglied wir auch als Land Berlin sind. Herzlichen Glückwunsch! Ich freue mich, dass Herr Klein bereit ist, uns ein bisschen zu spiegeln, wo Berlin im Konzert des BBE-Netzwerkes und der vielen Akteure auf dem Feld der Engagementförderung steht, und wo es Wünsche an die Hauptstadt gibt: Im Sinne einer Stärkung der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik insgesamt.

Last but not least möchte ich sehr herzlich einige weitere Diskutanten begrüßen, über deren Kommen ich mich ebenfalls sehr freue:

- Carola Schaaf-Derichs repräsentiert als Sprecherin des Landesnetzwerks „Aktiv in Berlin“ und als Geschäftsführerin unserer Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft zwei wichtige Aspekte des Engagements in Berlin: den Vernetzungsgedanken und eine funktionierende Infrastruktur. Und viele von uns wissen natürlich, dass es über Sie, liebe Frau Schaaf-Derichs, noch sehr viel mehr zu sagen gäbe, und dass Sie Berlin auch in vielen überregionalen und internationalen Zusammenhängen repräsentieren.

- Ich begrüße sehr herzlich Dr. Michael Bürsch. Als Vorsitzender der Enquetekommission zum Bürgerschaftlichen Engagement hat er der Engagementpolitik in Deutschland einen kräftigen Impuls gegeben, vielleicht auf längere Zeit sogar den wichtigsten und nachhaltigsten. (Der Bericht der Kommission, der einem kleinen Fußbänkchen gleicht, lohnt die Lektüre. Er ist ein reicher Fundus für alle, die sich auf den Weg gemacht haben, die Bedingungen für das Engagement zu verbessern. Als neue Beauftragte habe ich davon schon sehr profitiert.) Heute ist Michael Bürsch so etwas wie der Hüter der vielen Ideen und Vorschläge, die damals erarbeitet wurden. Als Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement sorgt er mit dafür, dass der Bericht nicht Papier bleibt, sondern umgesetzt wird. Schön, dass Sie da sind!

- Ich freue mich, dass mit Burkhard Wilke vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) ein ausgewiesener Kenner des gesamten sozialen Sektors in Deutschland unter uns ist. Sie wissen: Das DZI vergibt das Spendensiegel als eine anerkannte Qualitätsmarke. Herzlich willkommen, Herr Wilke!

- Begrüßen möchte ich schließlich Dr. Rudolf Speth, der sich seit langem wissenschaftlich und publizistisch mit Fragen der Zivilgesellschaft beschäftigt. Wir freuen uns auf Ihren kompetenten Rat.

Meine Damen und Herren, bevor ich unserem Moderator Rupert Graf Strachwitz, dem Direktor des Maecenata-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, das Wort gebe, kurz ein paar Erwartungen, die ich mit dem heutigen Abend und der gesamten Reihe verbinde.

Ich sagte es schon: Das Ziel des Senats steht fest. Wir wollen die Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement weiter verbessern. Aber der Weg ist offen. Und darum geht es in dieser Veranstaltungsreihe.

Ich wünsche mir von den Referenten ermutigende Best-Practice-Beispiele aus dem In- und Ausland, die uns zeigen, was bei gutem Willen und geschickter Organisation geht.

Ich wünsche mir Hinweise darauf, wie wir das Zusammenspiel der vielen Akteure in der Stadt verbessern/optimieren können, um – neudeutsch – den output im Sinne einer nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft zu verbessern. Denn an Engagement mangelt es nach meinem Eindruck nicht, sondern vielleicht ein bisschen an der Koordinierung und Abstimmung, vielleicht aber auch an einer akzeptierten Arbeitsteilung zwischen gesamtstädtischen und lokalen Institutionen. Meine Frage ist: Täuscht dieser Eindruck? Wie ist Ihre Einschätzung? Und was erwarten Sie vom Senat?

Meine nächste Frage zielt auf die vielen Berlinerinnen und Berliner, die laut Freiwilligensurvey noch nicht engagiert sind, aber sagen: Ich könnte mir ein Engagement vorstellen. Wie erreichen wir sie? Wie lassen sich bürokratische Hemmnisse für Bürgerschaftliches Engagement gezielt überprüfen und beseitigen? Wie müssen wir die Ansprache gestalten, um sie für ein Engagement zu gewinnen? Wie lassen sich Zielgruppen und Bevölkerungskreise erreichen, die bisher nur in geringem Maß repräsentiert sind?

Bei meinem Start als Beauftragte habe ich festgestellt, dass mir viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten in dieser großen Stadt noch nicht bewusst waren, und ich auch nicht gewusst hätte, wie ich mir einen Überblick verschaffen soll. Wie lässt sich – auch unter Einbeziehung neuer Kommunikationswege – die Transparenz erhöhen und die Öffentlichkeit noch stärker für das Thema Bürgerschaftliches Engagement erreichen?

Der Berliner Senat hat in den letzten Jahren vielfältige Möglichkeiten der lokalen Partizipation geschaffen. Zu nennen sind z.B.: die Strategie „Soziale Stadt“ mit dem Quartiersmanagement und den Quartiersfonds, über die vor Ort entschieden wird, die Ausweitung der direkten Demokratie (Bürgerentscheid auf Bezirksebene) und die Einführung des sogenannten Bürgerhaushalts. Wie beurteilen Sie diese Formen der Partizipation und wie könnte eine sinnvolle Weiterentwicklung aussehen?

Wie lässt sich das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen aktivieren; welche

Möglichkeiten bestehen zur Bündelung der vielfältigen bürgerschaftlichen Initiativen im Sektor Kultur?

Schließlich meine letzte Frage: Worin besteht der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Bewältigung drängender gesellschaftspolitischer Fragen, wie der Integration, des demografischen Wandels und der Bildung? Wie kann man sich eine Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft bei der Lösung dieser Fragen vorstellen?

Ich freue mich auf Ihre Beiträge und bin neugierig auf Ihre Ideen und Vorschläge.

Theodor Fontane würde zu dem großen Strauß an Themen sagen: Das ist ein weites Feld. Und ich füge hinzu: Für den Moderator eine Herausforderung. Graf Strachwitz, bitte übernehmen Sie...

1. Auftaktveranstaltung* :

Berliner Rathaus, 19. Juni 2007

„Bürgerschaftliches Engagement – Partizipation stärken und die lokale Demokratie weiterentwickeln“

Die Veranstaltung beginnt kurz nach 19:00 Uhr. Es nehmen teil:

Staatssekretärin Monika Helbig

Impulsreferenten:

Minister a.D. Professor Dr. Christian Pfeiffer

Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Auf dem Podium:

Dr. Michael Bürsch MdB

Dr. Rudolf Speth

Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Herr Burkhard Wilke, Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen

Moderation: Rupert Graf Strachwitz

Ca. 80 Teilnehmer im Saal.

Die Beauftragte der Senatskanzlei für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, begrüßt die Teilnehmer und charakterisiert die Veranstaltungsreihe als einen öffentlichen Beratungsprozess. Der Berliner Senat bekennt sich zum Leitbild der Bürgerkommune. Helbig formuliert einige Fragen und Erwartungen, die der Senat an diesen Beratungsprozess richtet:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement
- Ermutigende Beispiele
- Hinweise, wie das Zusammenspiel der Akteure in Berlin verbessert werden kann

* Protokoll: Philipp Hölscher, Berlin, den 27. Juni 2007.

- Was erwarten die Akteure vom Senat?
- Wie erreicht man die große Zahl derjenigen Personen, die bisher nicht engagiert, aber zum Engagement bereit sind?
- Wie lassen sich bestimmte Zielgruppen für Bürgerschaftliches Engagement erreichen, z.B. Migranten?
- Wie erreicht man die Öffentlichkeit und erhöht die Transparenz?
- Wie beurteilen die Akteure bestimmte Formen der Partizipation, etwa Programme wie Soziale Stadt oder den Bürgerhaushalt?
- Wie können Unternehmen für Bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden?
- Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft zur Bewältigung gesellschaftspolitischer Fragen leisten?

In der heutigen Veranstaltung sollen grundsätzliche Fragen diskutiert werden, darunter, in welchen Strukturen Bürgerschaftliches Engagement organisiert werden kann.

Moderator Rupert Graf Strachwitz begrüßt ebenfalls die Anwesenden. Er erwähnt, dass inzwischen jeder Dritte über 14 Jahren ehrenamtlich engagiert ist. Die Frage ist: Wie soll der Rahmen für dieses Engagement aussehen? Wie soll das Verhältnis zwischen Engagement und Erwerbsarbeit bzw. Staat aussehen? Er drückt seine Dankbarkeit über die Initiative der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement aus und erhofft sich neue Impulse für das Verhältnis von Engagement und dem organisierten Staatswesen.

Als erster Referent widmet sich Prof. Dr. Christian Pfeiffer zunächst den Bürgerstiftungen. Vor zehn Jahren brachte er die Idee der community foundation aus den Vereinigten Staaten mit und es gelang, zahlreiche Menschen in Hannover von dieser Idee zu überzeugen. Heute beträgt das Kapital der Hannoveraner Bürgerstiftung über 2 Millionen Euro. Wichtiger ist allerdings, dass es inzwischen über 140 weitere Bürgerstiftungsgründungen in Deutschland gibt und auf diese Weise eine Bündelung der Zeitreichen, der Ideenreichen und der Geldreichen erzielt wurde. Pfeiffer zitiert den Stifter Graf Groeben mit dessen Zitat: „Es ist keine Schande, reich zu sein, aber es ist eine Schande, reich zu sterben.“ Erst kürzlich haben sich bei einer Informationsveranstaltung der Bürgerstiftungsinitiative Rastatt spontan 42 Personen zum Stiften bereiterklärt. Durch die zu erwartende Erbschaftswelle gibt es für Bürgerstiftungen auch in Zukunft ein riesiges Potenzial: Pfeiffer hofft, dass das Vermögen der Bürgerstiftungen in den kommenden Jahren auf eine Milliarde Euro ansteigen kann. In den USA hat er gelernt: „Funding is fun.“ Stiften führt Menschen zusammen, zeigt Auswege

aus persönlicher Isolierung, schafft Solidarität, und es entstehen Netzwerke. Stiften ist also auch eine Wohltat für den Geber selbst.

Auf die Frage, was der Staat bzw. die Stadt tun kann, um dies zu fördern, lautet die wichtigste Antwort für Pfeiffer: Eine Kultur der Anerkennung schaffen. Zum Beispiel sollten engagierte Menschen von höchster Stelle, also etwa dem Ministerpräsidenten, für ihr Engagement gewürdigt werden. Das habe zum Beispiel der niedersächsische Ministerpräsident Wulff verstanden, dessen persönliche Ehrung von Engagierten mittlerweile zur Tradition geworden ist. Die Menschen müssen wahrgenommen werden, der Ministerpräsident zeigt sich immer wieder persönlich und nimmt diese Anerkennungskultur als Chefaufgabe sehr ernst. Dazu muss der Staat auch durch Pressegespräche auf das Engagement aufmerksam machen. Außerdem wurde ein Fond gegründet, der „zarte Pflänzchen begießt“, d.h. kleinere Ausgaben für junge Organisationen übernimmt.

Außerdem müssen sich die Menschen informieren können, etwa durch ein Internetportal. Pfeiffer schlägt das Beispiel einer „Mind-Map“ vor, bei der sich Informationen wie Gedankengänge im Internet weiterverfolgen lassen. Im Zentrum steht ein Wort, das mit anderen Oberbegriffen vernetzt ist. Klickt man dorthin, öffnen sich neue „Mind-Maps“ und der Leser gelingt über diese Pfade zu weiteren Begriffen. Ein solches Informationssystem benötigt aber den Einsatz von Zeit und Geld, da es ständig gepflegt werden muss. Dies kann der Staat finanzieren, für den Inhalt muss aber die Zivilgesellschaft selbst verantwortlich sein.

Zum Ende erwähnt Pfeiffer unter dem Motto „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ den schlecht vorbereiteten und wenig ergiebigen niedersächsischen Tag des Ehrenamts. Viel besser wird das in Neuseeland praktiziert, wo sich junge Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg in einem Praktikum engagieren müssen bzw. können. Auf diese Weise bringt man die Menschen in Kontakt mit dem Feld des Bürgerschaftlichen Engagements, was in Niedersachsen gemacht wurde, war viel zu wenig.

Ein geeigneter Weg für Unternehmen oder Banken, Bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, sind für Pfeiffer sogenannte matching funds. Dadurch entsteht eine emotionale Bindung zu den Menschen, und zusätzlich werden die geldgebenden Unternehmen über einen längeren Zeitpunkt immer wieder in positivem Zusammenhang erwähnt.

Der nächste Referent, Dr. Ansgar Klein vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), drückt zunächst seine Freude darüber aus, dass der Rat der Zivilgesellschaft vom Berliner Senat angehört wird. Die Enquete-Kommission des Bundestages hatte bereits die Vorlage zu mehr Bürgerschaftlichem Engagement geliefert, deren Realisierung dauert aber noch.

Klein macht deutlich, dass Engagementförderung immer auch Demokratieförderung braucht; man soll daher ein Leitbild entfalten, das Mitwirkungspotenziale einbezieht. Dies kann auch eine „arme“ Stadt wie Berlin leisten.

Zur Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft wurden bereits einige Modelle entwickelt, eines davon ist eine Stabsstelle, wie sie in der Senatskanzlei angesiedelt ist. In der Bundespolitik wird beim Stichwort „Engagement“ sofort reflexartig auf die Zuständigkeit des Familienministeriums verwiesen. Dies ist ein Fehler, denn die Engagementförderung braucht Querschnittskoordination. Daher hat Klein eine Bestandsaufnahme der Einrichtungen vorgenommen, in denen Engagementförderung betrieben wird. So ist beispielsweise im aktuellen Koalitionsvertrag das Bürgerschaftliche Engagement in unterschiedlichen Bereichen verankert, etwa im Verkehrs- und im Familienministerium, aber auch auf Landesebene müssten die Einzelressorts durchgegangen werden, um zu sehen, wo Engagementförderung betrieben wird. Aus diesem Querschnitt heraus müssen die Bereichserwartungen entwickelt werden. Denn Fachpolitik der Einzelressorts hat andere Hintergründe, etwa die Technik beim Verkehrs- und Bauministerium, und somit andere Zugänge zum Thema Engagement. Daher wird ein Querschnittskordinator benötigt, um in den unterschiedlichen Ressorts Engagementförderung zu koordinieren. Ein Querschnittskordinator läuft natürlich immer Gefahr, anderen in die Quere zu kommen. Landesfreiwilligenagenturen oder Landesnetzwerke für Bürgerschaftliches Engagement sind ebenso wichtig als Ansprechpartner für zivilgesellschaftliche Akteure. Ein Beispiel aus der Bundespolitik: Ministerin von der Leyen hat kürzlich eine Regierungsinitiative zur Stärkung der Zivilgesellschaft angekündigt. Besser wäre es, wenn deren Akteure im Vorfeld befragt würden. Es braucht also ein Umschalten der Rollenmuster. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure, deren Verbände sehr gut organisiert sind, müssen jetzt verstehen: Engagement ist keine automatisch wachsende Ressource mit Organisationsbindung, sondern fluktuiert und muss immer neu gewonnen werden. Auch die Verbände müssen daher ihre Organisationen neu entwickeln. Außerdem muss es eine Engagementförderung etwa in Schulen, Krankenhäusern oder Altenheimen geben, die auf einer Beteiligungskultur beruht.

Im Bereich der Schule haben laut Klein nur wenige begriffen, was deren Öffnung in die Gesellschaft bedeutet. Dazu muss man die Schulen als Organisationen ändern, diese brauchen mehr Bewegungsspielraum. Schulen sind besonders wichtig für Stadtentwicklung, da sich gerade hier zahlreiche Netzwerke bilden und Kontakte entstehen. Gerade in Berlin könnte Schule und Engagement ein großes Thema sein.

Auch muss klar sein, dass Hartz IV Engagement gefährden kann. Es gilt daher, Synergien zwischen Beschäftigungspolitik und Engagementförderung zu entwickeln.

Auf die Frage, wie man Zielgruppen wie Migranten gewinnt, empfiehlt Klein eine Förderpolitik, die deutsche Organisationen zwingt, Migrantenorganisationen einzubinden. Berlin hat hierbei auch schon als Vorbild gedient. Auch das Programm Soziale Stadt kann Zielgruppen nahe kommen, die dem Engagement nicht unbedingt nahe stehen. Insgesamt sollte man darauf achten, daß Engagement mehr als eine Mittelschichtveranstaltung darstellt. Ein positives Beispiel ist die Bürgerstiftung Neukölln, die mit den lokalen Vereinen hervorragend Netzwerke bilden kann. Diese Positivbeispiele sollte Berlin nutzen.

Berlin könnte zur Modellstadt bei der Engagementförderung werden; als Hauptstadt genießt Berlin nationale Aufmerksamkeit und kann auf diese Weise als Diskursbühne funktionieren. Das gilt gerade dank der besonderen Nähe zu Osteuropa. Diese Vorreiterrolle sollte Teil der strategischen Planung Berlins sein.

Zuletzt geht Klein auf die Frage ein, was Zivilgesellschaft zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen kann. Man soll Engagement nicht überfordern, denn es darf kein automatisch erwarteter Lückenbüßer für Hauptamtlichkeit sein. Allerdings wird Engagement noch häufig unterschätzt, als ornamentale Ergänzung des Politikangebots bzw. als „weiches“ Thema wahrgenommen, das für Sonntagsreden „nett“, aber beliebig ist. Das ist ein Fehler. Denn die Kommunen haben erkannt, dass ohne Engagement die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht lösbar sind. Nicht alles wird von Engagement gelöst, aber Perspektiven der Koproduktion sozialer Leistungen müssen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam erbracht werden. Die Verwaltungskulturen müssen sich ändern, und die Kommunen müssen die Letztverantwortung über die öffentliche Daseinsvorsorge behalten. Dennoch muss den Bürgern Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum eingeräumt werden.

Nach dem Ende der beiden Impulsreferate wendet sich der Moderator mit der Frage an Dr. Michael Bürsch, MdB, ob man in anderen Gegenden mit der Förderung von Engagement bereits weiter fortgeschritten sei. Vor der Antwort auf diese konkrete Frage versucht Bürsch zunächst eine systematische Beschreibung des Bürgerschaftlichen Engagements von zwei Seiten: Zum einen wird das Bürgerschaftliche Engagement viel in Sonntagsreden gelobt, und die Stunden aufgerechnet, die das Engagement für den Staat „eingespart“ habe. Dieses Dasein als Lückenbüßer ist aber die falsche Ausgangslage. Die wahre Bedeutung liege in der gesellschaftspolitischen Bedeutung. Daher ist ein neuer Gesellschaftsvertrag notwendig, in dem Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam die Probleme angehen, etwa im Bereich der Integration. Wichtig sind außerdem Beteiligung und Anerkennung. Weiter mit Bürgerschaftlichem Engagement ist man beispielsweise in Baden-Württemberg. Dort wurde die gesellschaftliche Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement bereits vor Jahren entdeckt, die Engagementquote ist dementsprechend hier auch Spitze. Es gibt zahlreiche Formen der Vernetzung, etwa das Patenschaftsmodell aus der Stadt Augsburg (Bayern). Flächendeckend werden hier Paten an soziale Problemfälle vermittelt. Auf diese Art und Weise wurde das Problem der Obdachlosigkeit deutlich abgemildert, es gibt mehr Arbeit und Ausbildungsplätze für Jugendliche. Allerdings musste zuvor in der Stadt Augsburg eine neue Verwaltungskultur etabliert werden.

Außerdem gibt es in Baden-Württemberg das sogenannte service-learning: Hier sind Schüler in einem zivilgesellschaftlichen Projekt engagiert, was später auch im Zeugnis erwähnt wird.

Der Moderator bittet Dr. Rudolf Speth um eine wissenschaftliche Ergänzung des bisher gesagten. Dieser weist darauf hin, dass sich in Berlin in den vergangenen Jahren die Hälfte der Bevölkerung ausgetauscht hat. Gemäß einem amerikanischen Soziologen sind diejenigen Regionen erfolgreich, die über eine kreative Klasse verfügen, zu der etwa Wissenschaftler, Ärzte oder Ingenieure gehören. Dies ist eine Chance für Berlin, da die Neuberliner diese Klasse ausmachen. Diese Gruppe bindet sich nicht lebenslänglich. Es ist daher wichtig, auf diese Gruppe zuzugehen und zu untersuchen, welche Erwartungen diese Gruppe hat. Bürgerschaftliches Engagement ist Selbstorganisation, es kommt darauf an, eine Kultur der Toleranz und der diversity zu fördern. Staatliche Impulse können das voranbringen.

Der Moderator fragt Burkhard Wilke vom Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), ob die Großorganisationen, in denen sich traditionellerweise das Engagement konzentriert, für die neuen Entwicklungen gerüstet sind. Wilke stellt zunächst das DZI und seine Arbeit vor. Dann geht er auf die Frage des Kompetenzproblems bei der Organisationsentwicklung ein. Dies betrifft Organisationen ab einer bestimmten Größe. Dort besteht oftmals ein Kompetenzdefizit. Leider sind die vielen Positivbeispiele den Medien schwer zu vermitteln, diese stürzten sich immer auf die Negativbeispiele. Das häufigste Problem ist allerdings nicht Unseriösität, sondern Inkompetenz. Das betrifft auch Geldströme, die z.B. versanden. Schwarze Schafe sind eher selten. Diese Inkompetenz nimmt bei mittleren und großen Organisationen zu. Kleinere Graswurzelorganisationen rechtfertigen sich aus sich selbst heraus; Bürgerschaftliches Engagement wird hier nur Erfolg haben, wenn die Grundbedingungen erfüllt sind. Hier säubert sich der Markt von allein, anders als bei den Großen, die häufig trotz Inkompetenz noch Spenden einwerben können.

In Berlin gibt es andererseits Nachholbedarf beim fachlichen Know-how, gerade bei kleinen Institutionen. Wilke regt daher an, auf der Ebene der Bezirksamter Kompetenzstellen einzurichten, die konkrete Beratung anbieten, etwa bei der Gründung von Vereinen und Stiftungen oder der Akquise von EU-Mitteln. Die Senatsebene ist dafür bereits zu hoch angesiedelt.

Carola Schaaf-Derichs sieht eher keine Inkompetenz, es geht um andere Begriffe von kleinen und großen Organisationen und viele neue Fragestellungen. Freiwilligenagenturen könnten beispielsweise gut in Partnerschaften mit community foundations arbeiten: Die einen schöpfen aus dem Vollen, die anderen bauen die Infrastrukturen auf.

Die Mitarbeiter von Freiwilligenagenturen sind „Schnittstellenkompetenzler“: sie gehen an Organisationen, Personen und Strukturen heran, dabei stoßen sie auf allerlei. Das Graswurzel-Argument trifft nicht unbedingt zu, denn auch Kleine brauchen Unterstützung für Projekte, z.B. im Umgang mit Freiwilligen. Es ist nötig, zunächst das Projekt zu prüfen, und dann die Menschen zu dessen Umsetzung zu befähigen.

Außerdem müssen die vielen einzelnen Aktivitäten im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements weiter vernetzt werden, um mehr Schlagkraft zu entwickeln. Dabei sollen auch die großen, konservativen Verbände einbezogen werden.

Graf Strachwitz bemerkt, Bürgerschaftliches Engagement bedeute Selbstermächtigung. Er wendet sich mit der Frage an Pfeiffer, wie das in den Problemzonen der Gesellschaft funktioniere. Dieser antwortet mit dem Beispiel der jungen Migranten. Diese haben dieselbe mathematische Intelligenz, aber schlechtere Mathe-Noten in der Schule. Das liegt u.a. am Sprachproblem. In der Bürgerstiftung Hannover gibt es ein Projekt, das Gruppen von Studenten an Schulen schickt. Mit den Schülern machen sie nicht nur Nachhilfeunterricht, sondern gehen gemeinsam auf Fahrradtouren oder unternehmen vergleichbare Aktivitäten. Das ist bedeutend, da die menschliche Einbindung eine entscheidende Rolle spielt. Über den Kontakt zu Unternehmern gelingt es inzwischen auch, Auszubildende für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, damit auch Menschen mit anderem Hintergrund vertreten sind.

Wilke erläutert daraufhin einige Ideen zur besseren Vernetzung von Staat und dem gemeinnützigen Sektor. Wichtig ist zunächst, dass Bürgerschaftliches Engagement vom Bürger ausgeht, das heißt, dass der Staat lediglich Ermöglicher, aber nicht Motor sein kann. Dieses staatliche Engagement muss nachhaltig und stabil sein und nicht dem schnellen politischen Wechsel unterworfen. Es braucht also Mut zur dauerhaften Unterstützung. Außerdem sollte die Transparenz gefördert werden. Beispielsweise wird der Zugriff auf das neue, elektronische Vereinsregister kostenpflichtig. Darauf sollte der Senat verzichten.

Weiterhin regt Wilke die Schaffung einer allgemeinen Informationsdatenbank an; Berlin könnte die erste deutsche Stadt sein, die über eine solche Datenbank verfügt. Im Bereich der Entbürokratisierung regt er an, das Finanzamt für Körperschaften sollte in Zukunft weniger rigide gegenüber gemeinnützigen Organisationen vorgehen. Ein weiteres Problem ist für Wilke die Abschaffung des Sammlungsgesetzes, d.h. jeder darf nun ohne Erlaubnis des Ordnungsamtes sammeln. Daher wächst die Zahl der Unseriösen, die im öffentlichen Raum sammeln. Das ist ein Problem, da gerade hier auf der Straße die Menschen mit dem Thema Spenden konfrontiert werden.

Außerdem benötigen Schulen Beratung: es besteht die Gefahr, dass fragwürdige Firmen oder Sponsoren an die Schulen herantreten, die damit häufig nicht umzugehen wissen. Die Schulen sind mit der Entscheidung, welche Angebote sie annehmen können, häufig allein gelassen.

Speth fordert, man müsste für den gemeinsamen Sektor mehr Managementkompetenz bereitstellen. Es gibt bereits erste Ansätze, etwa in Heidelberg, Münster oder mit dem neuen

Berlin Civil Society Centre. Man muss aber noch mehr tun, etwa die neuen Government Schools integrieren, um mehr Führungspersonal ausbilden zu können.

Bürsch sagt, es sei deutlich, dass im Bürgerschaftlichen Engagement der menschliche Faktor eine große Rolle spielt. Man kann nur andere inspirieren, wenn man selber inspiriert ist. Nötig sind deshalb eine gezielte Personalentwicklung, die Förderung von Managementfähigkeiten, Talentsuche und die gezielte Ansprache von Menschen mit Führungsfähigkeit. Gerade in den Freiwilligenagenturen muss nach potenziellen Führungspersönlichkeiten Ausschau gehalten werden. Auch Strachwitz merkt an, der Staat bilde den Nachwuchs für die Wirtschaft kostenlos aus, nicht aber für die Zivilgesellschaft.

Schaaf-Derichs fordert auch mehr Ausbildung im Bereich corporate citizenship und Zusammenarbeit zwischen Nonprofit-Organisationen und Unternehmen. Es gibt aber bereits einige Ansätze, etwa der FH-Studiengang Freiwilligenmanagement. Viele Studenten lassen die wissenschaftlichen Arbeiten betreuen: Das Bildungsmanagement im Bereich Engagement ist ein großes Politikfeld, das noch gewonnen werden kann. Der Blick in andere Länder kann hilfreich sein.

Laut Klein ist das BBE gerne bereit, modellhafte Projekte zu entwickeln, etwa im Bereich Schule, Vernetzung mit Osteuropa oder Arbeitsmarkt- und Engagementförderung. Für Kooperationen mit Unternehmen gibt es zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern.

Auch Pfeiffer verweist auf das Ausland. In neuseeländischen Schulen gibt es einen Wettbewerb, bei dem Schüler fiktive Unternehmen, Vereine oder Bürgerinitiativen gründen und für besonderes Engagement ausgezeichnet werden. Dabei werden sie von externen Experten unterstützt. Durch diese Kontakte nach Außen profitieren dann auch die Schulen, es handelt sich also um ein Geben und Nehmen.

Professor Dr. Rolf Kreibich (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin) im Publikum merkt an, die Berliner Realität sei völlig anders als auf dem Podium diskutiert. Seit 20 Jahren gibt es viel Engagement, das läuft aber alles selbstorganisiert ab und ohne Unterstützung des Senats. Alle Studien sagen, dass der Senat, das Abgeordnetenhaus und die Wirtschaft sich öffnen sollten, aber bisher ist nichts passiert. Vor fünf Jahren wurde bereits die gleiche Diskussion geführt wie heute, und der damalige Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement Schmitz war begeistert. Aber nichts ist seither passiert. In

anderen Bundesländern gibt es eine andere Kultur, mit enger Verbindung zu Kommunen und Abgeordneten, und auch die Wirtschaft arbeitet mit. Daher ist es wichtig, jetzt an die Sachen heranzugehen.

Ein Teilnehmer bemerkt, dass der Studiengang Public Management an den Fachhochschulen auch für Nonprofit-Organisationen ausbildet, allerdings kostet das Studiengebühren. Außerdem muss neben der Verwaltung auch die Politik kritisiert werden, denn hier ist die Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement noch nicht angekommen. Man kann gespannt sein auf die Reaktionen der Parteien, wenn mehr Entscheidungskompetenzen an die Bürger abgetreten werden, wie etwa beim Lichtenberger Bürgerhaushalt. Drittens weist der Teilnehmer noch auf die Bedeutung des vorschulischen Bereiches für die Engagementförderung hin.

Ein weiterer Teilnehmer: Die wenigen Leuchttürme machen deutlich, wie dunkel die Schullandschaft in Deutschland ist. Daher müssen unbedingt die Strukturen geändert werden. Die Schüler könnten viel mehr einbringen, beispielsweise über die SV, die bisher einen „Scheindemokratismus“ darstellt. Es gibt kein Engagement, die Lehrer sind überlastet, die Klassen sind zu groß. Manche Schüler engagieren sich viele Stunden pro Jahr etwa bei der DLRG, ohne dass die Schule davon etwas weiß. Auch hier kann man die Anerkennungskultur verbessern.

Dr. Karl Birkhölzer (TU Berlin) im Publikum: Engagement ist Selbstorganisation, der Staat muss Räume dafür schaffen. So werden beispielsweise in Großbritannien sogenannte community resource centre bereitgestellt. Das sind öffentliche Räume, die mit Computern und Bibliotheken ausgestattet sind; in ihnen kann Selbstorganisation stattfinden. Dazu werden aber bezahlte Leiter benötigt. Das europäische Ausland ist überhaupt sehr interessant, gute Beispiele finden sich in Italien und Schweden. Oft werden Forschungsprojekte zum Thema von der EU finanziert, nicht von der Bundesrepublik. Außerdem weist der Teilnehmer darauf hin, dass das bisher diskutierte Bild unvollständig ist, da die wirtschaftliche Seite des dritten Sektors, die soziale Ökonomie, vergessen wurde. Man geht davon aus, dass 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Wirtschaftsunternehmen des Dritten Sektors existieren, das heißt, es findet Wertschöpfung statt. Daher ist die klassische Dreiteilung Staat – Wirtschaft – Zivilgesellschaft auch nicht korrekt. Der Teilnehmer wünscht sich eine stärkere Debatte über das Thema Zivilgesellschaft und Erwerbsarbeit.

Es wird darauf hingewiesen, dass viele Ehrenamtliche bisher 15 Euro pro Monat erhalten. Das ist viel zu wenig, zumal die Leitungsebene in der Regel vollwertige Gehälter bezieht. Es muss daher zumindest eine Erstattung der Kosten erfolgen.

Erneut wird angemerkt, die Diskussion hinke der Realität in Berlin hinterher. Die Zahl der Ehrenamtlichen in Berlin steigt deswegen, weil viele in den Problembezirken zur Selbsthilfe greifen, da der Staat viele Dinge nicht mehr erbringen kann. Man sollte an die neuen Bürger der Stadt herantreten, die sich in neuen Formen engagieren können. Außerdem engagiert sich die Wirtschaft bereits, etwa die Wohnungsbau-Unternehmen, die festgestellt haben, dass ohne Bürgerschaftliches Engagement die sozialen Verhältnisse in Wohngebieten zu erodieren drohen. Insgesamt soll man nicht immer nach dem Staat rufen, denn Engagement ist eben die Aufgabe der Bürger. Allerdings sollte Bürgermeister Wowereit öfter im Kontext des Bürgerschaftlichen Engagements auftreten. Weiterhin müssen die Schulen endlich aus der staatlichen Verantwortung genommen und in öffentliche Stiftungen umgewandelt werden. Diese werden nach Platzgeld pro Schüler finanziert. Diese Stiftungen werden sich von alleine danach umsehen, wer sich in ihrem Umfeld ehrenamtlich einsetzen kann, wer ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen kann. In Deutschland ist das momentan nicht denkbar, da Bildung eine staatliche Veranstaltung ist. Die Wirkung der Bürgergesellschaft wird dadurch nicht zur Entfaltung kommen.

Zum Schluss fasst der Moderator die Meinungen in einigen Punkten zusammen. Klar wurde, dass Bürgerschaftliches Engagement ein selbstermächtigter Prozess ist, der sich aus der Bürgerschaft heraus entwickeln muss. Dennoch kann der Staat helfend eingreifen. Klar ist außerdem, dass die Demokratie vorangetrieben werden muss. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Kernbereich des sozialen Zusammenlebens im 21. Jahrhundert. Eine weitere Erkenntnis ist, dass die Anerkennungskultur gestärkt wird. Das gilt aber nicht nur „sonntags“ für die Politiker auf Festakten, sondern auch „werktags“ bei Behörden und Finanzämtern in ihrem Umgang mit Engagement. Beeindruckend findet der Moderator den Stellenwert, der in den Diskussionen der Schule eingeräumt wurde. Und außerdem darf der Aspekt der Wertschöpfung der Zivilgesellschaft nicht außer Acht gelassen werden.

Die Diskussion endet gegen 21:15 Uhr. Anschließend findet auf Einladung des Senats ein Empfang statt, bei dem die Gespräche informell fortgesetzt werden.

2. Abendgespräch* :

Berliner Rathaus, 29. August 2007

"Bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Schule, Bildung und Demokratie- erziehung"

Die Veranstaltung beginnt kurz nach 19:00 Uhr. Es nehmen teil:

Staatssekretärin Monika Helbig

Impulsreferent:

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Auf dem Podium:

Wolfgang Harnischfeger, Direktor des Beethoven-Gymnasiums, Berlin

Sybille Volkholz, Leiterin des Bürgernetzwerkes Bildung, Berlin

Pater Klaus Mertes, Direktor des Canisius-Kollegs, Berlin

Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

Aleksander Dzembitzki, Direktor der Rütli-Schule, Berlin

Claudia Zinke, Vorsitzende der Sportjugend, Berlin

Moderation: Rupert Graf Strachwitz

Ca. 80 Teilnehmer im Saal.

Die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig begrüßt die Anwesenden zu der zweiten Veranstaltung aus der Reihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“. Die Auftaktveranstaltung am 19. Juni 2007 resümierend, weist sie darauf hin, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft nur durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Ansätze gelingen kann. So ist ein Klima der Anerkennung und Wertschätzung wichtig, ebenso die Transparenz der vielen Einrichtungen, in denen man sich engagieren kann. Darüber hinaus braucht es das Vorbild engagierter Menschen.

* Protokoll: Dipl. Ing. Elke Becker, Berlin, den 12. September 2007.

Daraufhin führt sie in die Thematik des Abends ein: „Bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Schule, Bildung und Demokratieerziehung“. Sie verweist auf eine Studie des Deutschen Kinderhilfswerks, die gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und Unicef Deutschland erstellt wurde. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass fast 83 Prozent derjenigen, die heute gesellschaftlich stark engagiert sind, sich bereits in ihrer Kindheit und Jugend engagiert haben. Entsprechend stellen sich die Fragen: Was können wir tun, um bei Kindern und Jugendlichen Lust darauf zu wecken – und besonders bei jenen, denen das Engagement nicht durch elterliche Vorbilder vorgelebt wird? Welche Rolle spielen dabei die Schulen? Wie gelingt ihnen die Öffnung zu ihrer Nachbarschaft, zu Vereinen, zu sozialen oder kulturellen Einrichtungen? Genügt es, praxisorientierte Inhalte in die Schule zu holen und „service learning“ anzubieten, oder bedarf es auch einer zeitweiligen „Entschulung der Schule“, wie der Pädagoge und Bildungspolitiker Hartmut von Hentig kürzlich forderte? Was können engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Bildung und Demokratieerziehung beitragen? Welche Beispiele guter Praxis verdienen gefördert und verallgemeinert zu werden?

Damit geht es Frau Staatssekretärin Helbig weniger um Bildungspolitik im eigentlichen Sinne oder gar um Schulpolitik, es geht ihr um Engagementpolitik. Sie verweist darauf, dass es nicht allein auf die Schule und die Lehrer ankommt, sondern vielfach auf außerschulische Aktivitäten in Vereinen oder Organisationen. Damit lauten weitere Fragen von ihr: Wie können Schulen, gerade wenn sie sich zu Ganztagschulen weiter entwickeln, Brücken zu den vielen Möglichkeiten bauen, die sich außerhalb des Curriculums im engeren Sinne bieten. Wie kann ein Rahmen dafür geschaffen werden, dass Kinder und Jugendliche bereits in frühen Jahren die Erfahrung ihrer Nützlichkeit machen?

Zum Ende ihrer Ansprache begrüßt sie die Vertreter auf dem Podium, stellt sie dem Plenum kurz vor und übergibt das Wort an den Moderator Rupert Graf Strachwitz.

Dieser begrüßt ebenfalls die Anwesenden auf dem Podium und im Plenum. Er berichtet von einem Erlebnis bei einer von ihm moderierten Anhörung mit engagierten Jugendlichen aus ganz Deutschland während seiner Arbeit in der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In dem Gespräch wurde ihm verdeutlicht, dass bereits junge Menschen die Schule als den idealen Ort zum Erlernen Bürgerschaftlichen Engagements wahrnehmen. Es geht ihm aber auch um die Frage, wie das Engagement Jugendlicher geweckt werden kann und wie es gelingen kann, auf der Ebene der Jugendlichen eine engagierte Gesellschaft zu schaffen. Er verweist auf die Situation in den

USA, wo „community work“ selbstverständlicher Teil der Schulausbildung und durchaus bewerbungsrelevant ist.

Er begrüßt Schul- und Wissenschaftssenator Zöllner, der mit dem einführenden Redebeitrag in das Thema des Abends einstimmt.

Senator Zöllner stellt zunächst die wichtigsten schulrechtlichen und konzeptionellen Reformen der vorigen Jahren heraus: z. B. sind neue Rahmenlehrpläne erarbeitet worden, die sich an bundesweiten Standards orientieren. Die vorschulische Förderung, insbesondere Sprachförderung, wurde verstärkt, darüberhinaus gibt es mehr Unterricht in einzelnen Schwerpunktfächern, wie Naturwissenschaften und Deutsch. Eine Herausforderung für die Zukunft ist es, weitere bildungspolitische Ziele zu realisieren, wie den Paradigmenwechsel von der zentralen Steuerung zur regionalen Organisation bis hin zur stärkeren Eigenverantwortung der Einzelschule. Diese kann jedoch nicht einfach angeordnet werden. Dazu braucht es neben Qualifizierungsmaßnahmen auch eine Öffnung der Schulen gegenüber ihrem gesellschaftlichen Umfeld – damit ist vor allem ehrenamtliches Engagement gemeint. Der Senator bedankt sich für die Gelegenheit, über diese Aspekte ins Gespräch zu kommen.

Reformen im Schulbereich können nur dann erfolgreich sein, wenn sie in der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend transparent bekannt sind, von den Zielsetzungen akzeptiert werden und Motivationen wecken, sich auch außerhalb des offiziellen Personalbestandes von Schulen durch eine Vielzahl von Aktivitäten unterstützend einzubringen.

Die Bilanz bereits praktizierter Maßnahmen bürgerlichen Engagements ist ausgesprochen positiv. Hier nennt er zunächst die Stiftungen, die mit hohem finanziellem und personellem Aufwand die Qualitätsverbesserung der Berliner Schule aktiv unterstützen. Dieses unterlegt er mit Beispiel-Projekten der Bertelsmann- und der Vodafone-Stiftung. Die an den Projekten partizipierenden Schulen müssen nachweisen, dass sie tatsächlich Anspruch auf entsprechende begleitende Hilfen haben. Außerdem ist es wichtig, dass die Schulen untereinander ein Netzwerk entwickeln, mit dem sichergestellt wird, dass erfolgreiche Vermittlungsstrategien ausgetauscht werden können.

Als weiteres Instrument nennt Senator Zöllner das Konzept der Sozialraumorientierung, das gerade in der Jugendhilfe umgesetzt wird und mit dessen Hilfe Kooperationen von

regionalen Partnern mit den Schulen verbessert werden sollen. Mit der Aktualisierung des sozialen Umfelds der Schulen sind auch die vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten angefragt. Auch hierfür nennt er eine Reihe von Beispielen.

Er verweist darauf, dass für Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement von zentraler Bedeutung sind. Sie sind prinzipiell, aus Neugier, engagiert. Um ihr Engagement zu lenken, brauchen sie Vorbilder.

Zum Ende fasst er den aktuellen Stand zum Engagement junger Menschen zusammen. Dieses reicht von der ehrenamtlichen Mitarbeit in Jugendverbänden, Vereinen, Einrichtungen und Institutionen über die ehrenamtliche Begleitung von Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung, der Durchführung von Kursen der außerschulischen Jugendbildung, der Beteiligung an nationalen und internationalen Workcamps bis hin zu selbstverwalteten Jugendprojekten sowie der Tätigkeit als Streitschlichter/Konfliktlotsen in Projekten in Kooperation mit Schulen. Des Weiteren findet ehrenamtliche Arbeit im Zusammenhang von kultureller und sportorientierter Jugendarbeit statt. Die Gruppe der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren ist eine der ehrenamtlich aktivsten Gruppen der Bevölkerung. Hierzu nennt er aus dem Freiwilligensurvey 2004 und Infratest Burke Sozialforschung, einige Zahlen.

Der Senator berichtet darüber hinaus über den im vergangenen Jahr im Abgeordnetenhaus durchgeführten Elternkongress, der migrationspolitisch, aber auch ganz praxisorientiert Erfolg bei der Elternschaft hatte. Dies war nicht zuletzt zurückzuführen auf das Engagement organisierter und nichtorganisierter Eltern, verstärkt durch professionelle und semiprofessionelle Multiplikatoren. Die Arbeit wird fortgesetzt im sogenannten Forum Elternbildung, in dem kontinuierlich praxisbegleitend auch die Arbeit Ehrenamtlicher in Elternprojekten dargestellt wird und scheint sich über den Wunsch nach einem weiteren Kongress zu einem Motor des Bürgerengagements im Bereich der Elternkooperation zu entwickeln.

Abschließend fasst er den Verbesserungsbedarf für ehrenamtliches Engagement folgendermaßen zusammen:

- Eine Aufgabe, die aus der Vielfalt erwächst, ist die Koordination. Diese Koordinierung und Abstimmung kann für die Schule nur auf der Basis verbindlicher Standards stattfinden, die gemeinsam entwickelt werden müssen.

- Ein weiterer Aspekt ist die Qualifizierung und Fortbildung der Beteiligten. Engagement ist zwar Voraussetzung für ehrenamtliche Tätigkeit, aber es bedarf auch der Vermittlung spezieller Kompetenz. An einem entsprechenden Verfahren der Qualitätsentwicklung wird unter Federführung der Initiative FreiwilligenPass gearbeitet.
- Zukünftig muss die demographisch immer bedeutsamer werdende Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Eltern zunehmend in dieses Aufgabenverständnis der Integration in unsere gemeinsame Gesellschaft erfolgreich einbezogen werden.

Er sieht bereits gute Ansätze in den Berliner Schulen, die seines Erachtens aber noch weiter gewürdigt und ausgebaut werden müssen. Dieses Abendgespräch ist dazu ein Schritt in die richtige Richtung.

Graf Strachwitz dankt dem Senator für den umfassenden Überblick und eröffnet die Diskussion auf dem Podium mit der Frage an Frau Dr. Kahl, ob das, was es bereits gibt, ausreicht, um eine engagierte Gesellschaft zu haben und um Lösungen auf Fragen zur Erziehung, Partizipation und Integration zu entwickeln. Grundsätzlich teilt Frau Dr. Kahl die positiven und optimistischen Einschätzungen des Senators, sieht aber zwei argumentative Ebenen, nämlich eine stiftungspolitische und eine handlungspraktische. Zu letzterer stellt sie fest, dass sich tatsächlich einiges zum Positiven gewendet hat, was sich neben optimierten Rahmenbedingungen u.a. an wachsenden Stiftungszahlen und Kooperationen festmachen lässt. Probleme auf der Handlungsebene gibt es beispielsweise bei der Kooperation unterschiedlicher Institutionen, da in diesen oft „unterschiedliche Sprachen“ gesprochen werden. Hier können Stiftungen eine vermittelnde Rolle zwischen streitenden Interessen übernehmen.

Stiftungspolitisch stellt sie fest, dass Stiftungen auf der Ebene der Projektförderung zwar ein Handlungsfeld haben und als Geldgeber willkommen sind. Problematisch sei es jedoch, wenn es um den Transfer geht. So stellt sie – basierend auf ihren dargestellten Erfahrungen – die Frage, wie man es schaffen kann, mit den Aufgaben von Stiftungen, nämlich Innovation zu betreiben und Motoren von Wandel zu sein, in Staat und Verwaltung auf Bedingungen zu stoßen, die ein gemeinsames Handeln möglich machen. Sie hat z. T. die Erfahrung gemacht,

dass Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft nur dort funktioniert, wo seitens der öffentlichen Hand auch ein Muster oder ein formeller Rahmen für eine Kooperation besteht. Beispielsweise unterliegt die öffentliche Hand zum Teil Rahmenbedingungen, die eine Kooperation schwer – wenn nicht gar unmöglich machen. Sie appelliert dafür, verstärkt Bedingungen zu entwickeln, die Kooperationen möglich machen, und die zweifellos vorhandenen guten Ansätze hierfür auszubauen. Ihr Wunsch ist es, gemeinsam darüber nachzudenken, wie Stiftungen stärker genutzt werden können, um Übersetzungs-, Vermittlungs-, Katalysatorentätigkeiten zu übernehmen. Zusammenfassend wirbt sie dafür, Stiftungen als neutrale und strategische Hebel zur Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen.

Herr Harnischfeger kann die Problemauffassung von Frau Dr. Kahl nur bedingt teilen. Für ihn stellt sich primär die Frage - was kann Schule tun, um Schülerinnen und Schüler zu bürgerschaftlichem Engagement zu motivieren. Seines Erachtens müssen Schüler in der Schule selbst Demokratie erleben, zum einen auf der Umgangs- und auf der persönlichen Ebene, zum anderen auf der Unterrichtsebene. Dies bedeutet für ihn einen Wandel in den Unterrichtsmethoden: weg zum dozierenden Unterricht, zum Erlernen die eigenen Kräfte zu entwickeln. Für ihn sind das wesentliche Voraussetzungen dafür, dass ein Kind über sich hinaus denken und handeln kann und sich geschätzt fühlt. Es muss ermutigt werden, über schwierige Phasen hinauszukommen. Schließlich ist eine Voraussetzung, sich für andere einzusetzen, dass man hierfür Energie hat, die man für sich nicht braucht. Dies gilt im Besonderen für Jugendliche. Grundsätzlich sieht er aber sehr große Potentiale in der Engagementbereitschaft junger Menschen und seine eigenen Erfahrungen bestätigen ihm eine hohe Engagementbereitschaft. Für ihn muss Schule in sich stabile Kinder entwickeln und in sich demokratisch sein. Hierfür ist es erforderlich mit und nicht über Jugendliche zu reden. Schließlich haben sie ein Gefühl dafür, wann sie ernst genommen werden und wann nicht. Problematisch sind für junge Menschen formale und bürokratische Prozesse. Entsprechend muss man das, was Jugendliche anbieten, kompatibel machen mit dem, was möglich ist.

Der Moderator konstatiert zwei unterschiedliche Zugänge zum Thema und richtet die Frage an Frau Volkholz, ob das „Bürger Netzwerk Bildung“ dazu da sein könnte, eben solche unterschiedlichen Zugänge zu verknüpfen und Wege des Ausgleichs und der Verbindung zu finden. Ihrer Meinung nach liegt ein grundsätzliches Problem in Deutschland darin, dass Schule und andere Bildungseinrichtungen traditionell nicht als gesellschaftliche Veranstaltung verstanden werden, sondern gemäß der Interpretation des Artikel 7 des

Grundgesetzes als eine staatliche Veranstaltung – was sowohl die Akteure als auch die Inhalte angeht. Positiv wertet sie, dass sich derzeit vieles im Wandel befindet und auch Schulen, die sich lange abgeschottet haben, inzwischen durch die Leistungsvergleiche Druck bekommen. Dies führt zu der Erkenntnis, dass man allein mit staatlichen Institutionen nicht weiter kommt. Als Beispiel nennt sie das Projekt „Partnerschaft Schule Betrieb“, das sie mit der IHK initiiert hat, und was als Bindeglied zwischen unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen verstanden werden kann.

Ein zweites Beispiel sind für Frau Volkholz die „Lesepaten für die Schulen“, eine Initiative vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. An solchen Projekten merkt sie, dass die Schulen die Türen auf machen, aber auch, dass sich in Berlin eine Reihe von Menschen engagieren wollen.

Graf Strachwitz bittet Pater Mertes, von seinen Erfahrungen an einer nicht-staatlichen Schule zu berichten.

Pater Mertes bestätigt die Auffassung von Herrn Harnischfeger. Seine Schule bemüht sich natürlich um Partner, nicht zuletzt, um Gelder anzuwerben. Er erlebt dabei die Schwierigkeit, mit nicht-schulischen Akteuren zu kommunizieren. Seines Erachtens ist das Konstrukt Schule von außen schwer greifbar, und die Akteure sind von ihren Erfahrungen als Schüler geprägt. Er fragt, wo eigentlich die Bedürfnisse von Schule liegen – und wer danach fragt, und ob die Rahmenbedingungen tatsächlich geeignet sind, Schule zu dem Ort zu machen, der gesellschaftliches Engagement fördert. Zu bedenken gibt er ferner, dass Schule und nicht-schulische Partner einen strukturellen Unterschied haben. Für Schüler verbindet sich mit Schule – ungleich zu Verbänden oder Vereinen – stets ein gewisser Zwang. Zivilgesellschaftliches Agieren kann in beiden Strukturen erlernt werden – bedarf aber unterschiedlicher Vorgehensweisen. Für ihn ist Unterricht die Kernaufgabe von Schule. Zivilgesellschaft hat etwas mit Allgemeinbildung zu tun, die zum Beispiel durch Sozialpraktika gefördert wird.

Graf Strachwitz richtet daraufhin die Frage an Frau Zinke, ob es spürbar schwieriger wird, das Engagement für den Sport auch in den Schulen voranzubringen.

Frau Zinke erklärt einleitend, dass Sport ein Medium ist, das Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten anspricht. Aber natürlich steht auch das Individuum im Mittelpunkt. Durch

den Sport soll die Erziehung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten erfolgen. Soziale Benachteiligungen sollen abgebaut werden. Die Jugendlichen sollen einen Freiraum bekommen, in dem sie sich entfalten und Demokratie, sowie Selbstorganisation und Partizipation lernen können. Sie sieht das als eine wichtige Aufgabe für Verbände und betont, dass es nicht zuletzt deshalb notwendig sei, die Rahmenbedingungen für Jugendverbände zu sichern.

Seit 1993 gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen Schulen und Sportvereinen, dadurch wird an den Nachmittagen ein Sportangebot in den Schulen ermöglicht. Ganztagschulen bringen neue Herausforderungen, schließlich führen sie dazu, dass Schulen und Jugendarbeit noch enger kooperieren. Hierfür fordert Frau Zinke bessere und verlässliche Rahmenbedingungen, um die Angebote in der Ganztagsbetreuung auszubauen. Als praktisches Beispiel stellt sie ein Modellprojekt vor, dass eine Ausbildung zum Sporthelfer anbietet. Es wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab der achten Klasse, die mit einer sogenannten „bewegten Kiste“ Angebote in Pausen oder Freistunden für Mitschüler schaffen. Die Erfahrung zeigt, dass damit auch weniger Gewalt in den Pausen anfällt. Möglich wurde das Projekt durch die Kooperation von drei Partnern: der Sportjugend Berlin, der jeweiligen Schule und der Unfallkasse und der City-BKK in Berlin, die die Kisten stiften. Sie sieht es als besonders wichtig an, dass es stets mehrere Partner und Netzwerke gibt, die zusammenarbeiten.

Der Moderator Graf Strachwitz fragt Herrn Dzembitzki, ob das zuvor gesagte seinen Erfahrungen entspricht, oder ob sich an seiner Schule ganz andere Probleme bemerkbar machen.

Herr Dzembitzki drückt zunächst seinen Dank darüber aus, dass sehr viele Einrichtungen und Stiftungen an die Schule heran getreten sind, um einen Beitrag zur Verbesserung ihres Rufes zu leisten. Wichtig ist ihm dabei, dass solche Projekte auch eine Nachhaltigkeit haben. So gab es eine Vielzahl von Projektideen, Vorschlägen und Angeboten, die zum Teil aber auch nur darauf abzielten, Geld abzuschöpfen. Bei der Auswahl von Projekten haben ihn insbesondere Stiftungen unterstützt. Für ihn ist Schule der wichtigste Punkt, an dem man Gesellschaft formen kann. Erwachsene müssen es den Jungen vorleben. Er sieht auch den Sport als ein gutes Beispiel dafür. Wichtig ist, wenn man Demokratie lehren und vermitteln will, dass auch ein Erfolg dabei herauskommt. Es bringt wenig, wenn versucht wird, Demokratie an die Schüler heranzubringen, dann aber Vorschläge aus der Schülerversammlung

übergangen werden. Hier muss darauf geachtet werden, dass Projekte umgesetzt werden, in denen das Ergebnis auch sichtbar von Erfolg gekrönt ist.

Der Moderator fasst die erste Runde zusammen:

- Partnerschaften spielen eine wichtige Rolle, wobei es zum Teil aber noch „Sand im Getriebe“ gibt; zum Teil wird mit unterschiedlicher Sprache gesprochen, und das Engagement von außen kann auch unangemessen sein.
- Engagement zulassen und einüben und ein gewisses service-learning scheint eine Komponente zu sein, die sich inzwischen überall etabliert hat: An den Schulen wird Engagement praktisch erprobt.
- Er stellt aber auch fest, dass das Engagement als Querschnittsthema in Curricula und Unterrichtshilfen weniger angeklungen ist und fragt in die Runde, wie das Thema mehr zum Inhalt gemacht werden kann.
- Zum anderen fehlt ihm die Diskussion z.B. um Fördervereine, also unmittelbar an die Schule angebundene Institutionen zivilgesellschaftlicher Art.

Herr Senator Zöllner bezieht sich auf die Rahmenbedingungen, für die der Staat verantwortlich ist. Er meint, dass sich zu vergegenwärtigen ist, dass einige der Schwierigkeiten auf Grund der Unterschiedlichkeit der Strukturen nicht behebbar sind. Werden beispielsweise Projekte aus zwei Töpfen finanziert, gibt es auch unterschiedliche Ansprüche an die Kontrolle und Transparenz. Seines Erachtens sollte man das Zusammentreffen von zwei Systemen positiv sehen und die jeweiligen Stärken nutzen. Er sieht keinen Widerspruch zwischen der Wahrnehmung von Frau Dr. Kahl und den Schuldirektoren. Natürlich geht es um Persönlichkeitsbildung, und natürlich ist das eine Kernaufgabe von Schule, aber man darf die Schulen damit nicht allein lassen. Schließlich werden den Schulen auch mehr Probleme auferlegt als dies früher der Fall war. Daher kann Engagement von außen sehr hilfreich sein. Er begrüßt auch die Existenz freier Schulen, die das Geschäft gewissermaßen beleben.

Pater Mertens sieht auch keinen grundsätzlichen Gegensatz, verweist aber auf Probleme: Zum einen sieht er die Tendenz einer neuen Definition von Unterricht, die ausgerichtet ist auf

Fertigkeiten, wie Vorbereitung auf Tests, die aber in einem großen Konflikt stehen zu den Freiräumen, die man braucht, um Engagement zu fördern und zu reflektieren.

Frau Volkholz bezieht sich daraufhin noch einmal auf die Rolle von Stiftungen und sieht eine Gefahr, wenn Stiftungen Initiativen ergreifen, die darauf basieren, dass sie, um in die Fläche zu gehen, auf öffentliche Mittel angewiesen sind. Entweder man schafft eine Methode, die sich auch langfristig selber trägt – oder man lässt es bleiben. Des Weiteren geht sie darauf ein, wie man Engagement zum Thema in der Schule machen kann. Ihres Erachtens ist der Ansatz, Unterricht als Kerngeschäft der Schule zu sehen, etwas verkürzt. Sie würde das Schaffen anregender Lerngelegenheiten als Kerngeschäft verstehen. Die Frage der Übernahme sozialer Verantwortung - oder auch der Verantwortung für sich selbst - ist noch nicht gängiger Bestandteil des Curriculums. Ihr erschließt sich nicht, wie man auf die Kompetenzvorstellungen, wie PISA sie z.B. testet, hin unterrichten kann. Ein Ansatz wäre ihres Erachtens aber service-learning.

Frau Dr. Kahl unterstreicht den Ansatz, dass Projekte, die durch Stiftungen angestoßen werden, ein Eigenleben entwickeln sollten. Aber es gibt auch die Aufgabe von Stiftungen, zentrale gesellschaftspolitische Aufgaben aufzunehmen und sie nicht erstmal allein zu entwickeln und dann dem Staat übergeben. Aufgabe von Stiftungen ist es, systematisch Themen voran zu treiben und sich nicht darauf zu verlassen, dass gute Ansätze von allein funktionieren. Nicht umsonst agieren manche Stiftungen anti-zyklisch und bringen Themen zur Sprache, die von anderen gemieden werden. Somit ist die gemeinsame Entwicklungsarbeit der Schlüssel und damit die schwierige Auseinandersetzung mit den klugen Köpfen und Strukturen beider Seiten. Stiftungen haben ihres Erachtens eine Transferaufgabe.

Daraufhin stellt Herr Harnischfeger fest, dass sich die Diskussion um zwei Aspekte dreht, zum einen, um zivilgesellschaftliches Engagement, wie es bereits besteht, zum anderen ist aber nicht aus dem Blick zu verlieren, wie man überhaupt die Voraussetzung dafür schafft. Er glaubt – und stützt sich dabei auf seine Erfahrungen – dass die Stiftungen ihre Wirksamkeit, was Schulen angeht, überschätzen. Dies will er nicht als Vorwurf formuliert wissen, sondern vielmehr als Hinweis darauf, dass eben dieser Transfer zurzeit (noch) nicht funktioniert. Für ihn stellt sich die Frage: Wie bekommt er Jugendliche dazu, Dinge zu tun, die ihnen nicht unmittelbar nutzen? Das ist schwer zu vermitteln. Neue Rahmenbedingungen wie zwölf Jahre bis zum Abitur oder die Vergleichsarbeit erschweren diese Vermittlung

spürbar. Engagement wirkt sich nicht auf die Abiturnote aus, diese entscheidet aber über die Chancen für einen Studien- oder Ausbildungsplatz. Er vertritt die Auffassung, dass Engagement nicht in einem Curriculum zu verankern ist, sondern vorgelebt und damit erfahren werden muss. Es muss Teil einer Schulkultur werden, die dazu führt, dass es unter den Jugendlichen auf Anerkennung stößt, wenn man sich engagiert.

Graf Strachwitz bestätigt die zwei dargestellten Ebenen zum bereits vorhandenen Engagement und zur Generierung in der Schule und bittet um Wortmeldungen aus dem Publikum.

Zunächst kommt Frau Candida Splett vom Landesjugendring Berlin zu Wort. Sie spricht den Appell aus, dass bei der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements vorhandene Strukturen genutzt und gefördert werden. Ihrer Meinung nach sind Jugendverbände geeignete Partner für Schulen, um Demokratieerziehung und die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements weiterzuentwickeln. Sie nennt zwei Aspekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen: Zum einen verweist sie darauf, dass das Angebot für junge Menschen zwar verbessert, aber die Förderung nominell abgenommen hat. Um die Jugendarbeit nachhaltig fortführen zu können, wird mehr Geld benötigt. Zum anderen fordert sie konkret eine Förderung von Kooperation mit Schule, zum einen durch die Erhöhung der Eigenständigkeit von Schulen z.B. durch mehr Mitsprache bei der Mittelverwendung, zum anderen, indem freie Träger zusätzliche Mittel bekommen, um Kooperationen mit Schulen eingehen zu können.

Christiane Richter stellt daraufhin den von ihr gegründeten Verein „Seniorpartner in School“ vor. Die Idee besteht darin, dass Senioren als Mediatoren in Schulen unterstützend tätig werden und Gewalt verhindern. Sie sieht die Schule als den geeigneten Ort, an dem sich Jung und Alt treffen, und stellt die Vorzüge für Schüler und Senioren vor. Sie endet ihren Beitrag mit der Forderung, dass Schulen sich öffnen sollten, da junge Menschen Engagement am ehesten durch das direkte Erfahren von Engagement erlernen.

Jürgen Clausen, von der Freiwilligen-Initiative "Schüler lernen Verantwortung - Lernen durch Engagement" fragt, wie die Schule in der Lage ist, Jugendliche hinsichtlich Beteiligung und Partizipation dahin zu bringen, dass es bessere Zeiten für Zivilgesellschaft gibt. Er verweist auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, aus der sich ableiten lässt, dass die Schülervvertretung als Scheindemokratie wahrgenommen wird. Er regt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen diesbezüglich zu verbessern. Als zweites Anliegen stellt er fest, dass

Engagement derzeit weniger an der Schule als im Elternhaus erlernt wird, und es mehr Anerkennungskultur auch innerhalb der Schulen braucht. Diesbezüglich regt er an, dass den Berliner FreiwilligenPass und das Zeugnis-Beiblatt sowie Berufswahlpässe um weitere Kriterien zur Anerkennung zu erweitern. Abschließend appelliert er für das service-learning und dafür, diesen Ansatz in den Schulen bekannter zu machen.

Senator Zöllner reagiert auf dieses Statement mit einer grundsätzlichen Positionierung zu Partizipation und Verantwortung von Schülerinnen und Schülern. Er vertritt die Meinung, dass Schulen auch Entscheidungsfähigkeit bei jungen Menschen herstellen soll. Dies wiederum lernen sie aber nur, wenn sie auch in der Lage sind, die Folgen und die Verantwortung auf sich zu entnehmen, wenn Fehlentscheidungen getroffen werden. Ermöglicht man jungen Menschen Entscheidungen in einem „Schonraum“, kann sich dies entsprechend kontraproduktiv auswirken, da man nicht lernt, die Folgen angemessen abzuwägen. Er bestärkt auch die Auffassung, dass man Engagement vorleben, aber nicht in Lehrpläne stecken kann. Grundsätzlich ist er für Mitbestimmung, sieht aber auch Grenzen bei dem Horizont und den Interessen der Schülerinnen und Schüler. Er empfindet dabei auch ein gewisses Abschieben von Verantwortung an die jüngere Generation und bewertet z.B. das Thema „Mitsprache bei Lehrplänen an der Universität“ sehr kritisch, da der Weitblick und die Notwendigkeit einzelner Lehrinhalte eben nur mit einer gewissen Erfahrung erfasst werden kann. Abschließend bietet er einen Vergleich zu den Berufswahlpässen in den anderen Ländern an. Abschließend hält er fest, dass die Methoden des Lernens den einzelnen Schulen und Lehrern obliegen, so dass service-learning durch die öffentliche Hand nicht vorgeschrieben werden kann und soll.

Der Moderator Graf Strachwitz übergibt das Wort an Herrn Dzembritzki, der ein Beispiel dafür nennt, wie Schülerinnen und Schüler zu Demokratie erzogen werden können. An der Rütli-Schule soll es einen Workshop geben, der insbesondere für die Klassensprecherinnen und Klassensprecher angeboten wird, in dem auch über die Rechte und Pflichten ihrer Rolle informiert, diskutiert und aufgeklärt wird. Er verweist darauf, dass es eine Vielzahl von good-practice Beispielen in Berlin gibt, wie man Schülerinnen und Schüler beteiligen kann. Mitmachen führt auch immer zu mehr Verantwortung.

Aus dem Plenum berichtet Herbert Scherer, Geschäftsführer des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, von der Erfahrung, dass es wenig hilft, wenn Eltern ihren Kindern vorleben, sich zu engagieren, wenn es dabei bleibt, dass die Vergabe von Studienplätzen bei

Hochschulen und Fachhochschulen ausschließlich nach dem Abiturnotendurchschnitt verläuft. In seinen Augen ist es unbedingt notwendig, nicht nur in den Schulen, sondern auch an den Universitäten die Persönlichkeitsentwicklung vom Menschen zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen, sonst sind alle Bemühungen in der Schule und im Elternhaus vergebens.

Thomas Kegel, Sprecher der bundesweiten Arbeitsgruppe Qualifizierung und Bildung im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und Leiter der Akademie für Ehrenamtlichkeit, sieht als eine Lösung für das Problem des Vorredners den Berliner FreiwilligenPass. Er spricht von einer Vereinbarung zwischen Fachhochschulen und der Senatskanzlei, dass das Instrument des FreiwilligenPasses anerkannt und Notenwirksam wird. Er bedankt sich dann bei der Staatssekretärin, den Abend ermöglicht zu haben, und betont die Notwendigkeit in einer armen Stadt wie Berlin, Bürgerschaftliches Engagement rund um die Schule zu fördern. Seines Erachtens muss Politik heute in die Richtung gehen – ohne den Eigensinn des Bürgerschaftlichen Engagements zu verletzen – ganz vorsichtig die Potenziale des Bürgerschaftlichen Engagements in die Bildung zu transportieren, und da sind die vorhandenen, wenn auch zum Teilen neuen Rahmenbedingungen zu wenig. Wenn das Bewusstsein für Bürgerschaftliches Engagement nicht politisch forciert wird, bleibt nur, auf den Eigensinn des Bürgerschaftlichen Engagements zu setzen, das heißt: die Eltern und / oder Schulexterne kümmern sich mehr und mehr. Entsprechend gibt es eine wachsende Zahl an Schulfördervereinen und Projekten. Er hofft, dass der Abend ein Start sein könne – und richtet sich dabei indirekt an Senator Zöllner – ein Forum zu schaffen, dass dazu führt, dass zum Beispiel Schul- und Jugendverwaltung miteinander sprechen. Er lobt darüber hinaus den Ansatz von Frau Staatssekretärin Helbig, Bürgerschaftliches Engagement ressortübergreifend anzugehen und regt an, das Thema durch weitere Diskussionen fortzuführen.

Eine Vertreterin des Landesverbandes Schulischer Fördervereine verweist darauf, dass nach ihrem Stand der FreiwilligenPass mit einer Notensenkung oder einem Benefit verbunden werden sollte, dies aber noch nicht beschlossen sei. Gleichzeitig gibt es in anderen Bundesländern den Ansatz, dass sich andere Vorteile mit einem Ehrenamtspass verbinden, wie freie ÖPNV-Nutzung oder Ermäßigung bei Eintrittspreisen. Als zweiten Punkt betont sie, dass es erforderlich ist, Kinder von klein an an das Thema heranzuführen. Bei einzelnen Einrichtungen zahlen Kinder Geld von ihrem Taschengeld, um Mitglied im Förderverein zu sein, entscheiden dann aber auch mit, was mit diesem Geld geschehen soll. Als letzten

Punkt spricht sie den Aspekt Ganztagschulen an und verweist darauf, dass selbst ein Bezirk wie Steglitz-Zehlendorf sich den Topf für Honorargelder, zum Beispiel für die Begleitung beim Sport, nicht mehr leisten kann. Zuletzt verweist sie darauf, dass es notwendig ist, allen engagierten Menschen für ihre Arbeit zu danken.

Der Moderator dankt den Rednern aus dem Plenum und eröffnet die Schlussrunde auf dem Podium. Frau Volkholz greift die Anforderung an Senator Zöllner auf, ein Forum einzurichten und hinterfragt, ob dies tatsächlich seine Aufgabe wäre. Sie gibt zu bedenken, dass die Zivilgesellschaft sich viel zu sehr als Lückenbüßer sieht und dreht diesen Ansatz um, indem sie festhält, dass die Gesellschaft dem Staat viel zu lange Aufgaben überlassen hat, die sie eigentlich selber lösen kann. Die Gesellschaft sollte sich selber positiver sehen und einen Staat fordern, der die Rahmenbedingungen sichert, seine Rolle neu definiert und damit der Gesellschaft einen Rahmen gibt, selbst zu gestalten.

Pater Mertes resümiert, dass es natürlich Patenschaften braucht. Zum Zweiten hält er fest, dass man überhaupt nicht Lehrer sein kann, ohne über ein gewisses zivilgesellschaftliches Verständnis und Bewusstsein zu verfügen. Zum Dritten gibt er erneut zu bedenken, dass Schüler nicht freiwillig vor Ort sind. Das bedeutet – auch wenn sie gern dorthin gehen – dass bestimmten Ideen und Ansätzen Grenzen gesetzt sind. Es muss die Möglichkeit bleiben, etwas nicht zu machen – das System gibt Grenzen – und die müssen respektiert werden.

Frau Dr. Kahl versucht aus der Sicht der Jugendlichen zu argumentieren und bittet darum, dass man ihnen etwas zumutet und zutraut. Zum Beispiel zeigt ihre Erfahrung, mit wie viel Verantwortung sie mit einem eigenen geldlichen Budget umgehen. Ihr Plädoyer geht dahin, Ernsthaftigkeit herzustellen und nicht nur Spielwiesen.

Herr Dzembritzki bedankt sich auch bei allen engagierten Menschen, die der Rütli- und anderen Schulen mit Engagement, Erfahrung und Ideen zur Seite stehen. Mit einem Aufruf, die Rütli-Schule auch weiterhin zu unterstützen, vermittelt er, dass Schulen grundsätzlich für ein Engagement von außen offen sind.

Frau Zinke plädiert abschließend dafür, Rahmenbedingungen für die Organisationen, die sich für Kinder und Jugendliche einsetzen, zu erhalten und weiter zu fördern, nicht an den bestehenden Strukturen zu kürzen, sondern sie zu unterstützen. Als weiteren Aspekt spricht sie die Verstärkung einer Anerkennungskultur an, die über politische Reden hinausgeht.

Abschließend betont sie noch einmal die Notwendigkeit, bürgerschaftliches Engagement vorzuleben und in diesem Bereich eigene Erfahrungen zu ermöglichen.

Herr Senator Zöllner nimmt abschließend Bezug auf die an ihn gestellten Fragen. Die Problematik der Studienplätze ist für ihn in Berlin gelöst, weil ein Schlüssel im Verhältnis zu der Bevölkerung vorgehalten wird. Dies geschieht in den anderen Ländern jedoch weitestgehend nicht, was zu dem beschriebenen Problem des Studienplatzmangels führt. Derartige politische Entscheidungen, wie ein neues Hochschulfinanzierungsgesetz, werden seines Erachtens nicht im ausreichenden Maße getroffen und konsequent genug verfolgt. Dabei findet er es problematisch, Engagement in Noten zu verankern, da die Bewertungskriterien hierfür nur schwer zu vergleichen sind. Zuletzt dankt er Frau Volkholz für ihre Stellungnahme und hält fest, dass er seines Erachtens das Bürgerschaftliche Engagement dadurch rettet, indem er es nicht von oben verordnet. Staat muss auch Individualität zulassen – er kann ein Schulprofil nicht vorschreiben. Abschließend bietet er seine Unterstützung an, das Thema politisch weiterhin zu unterstützen, mit Leuten zu reden und soweit möglich zu vermitteln.

Der Moderator verweist darauf, dass die wesentlichen Inhalte des Abends in einem Protokoll zu der Veranstaltung im Internet abrufbar sein werden. Er kündigt die nächste Veranstaltung in der Reihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“ für den 23. Oktober 2007 an. Er bedankt sich bei allen Aktiven auf dem Podium und im Plenum und gibt das abschließende Wort an Frau Staatssekretärin Helbig. Sie verweist noch einmal auf ihr Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen und Engagement nicht zu verordnen. Sie bedankt sich bei allen Anwesenden und lädt dazu ein, den Abend in einem informellen Rahmen ausklingen zu lassen.

Die Veranstaltung endet gegen 21.15 Uhr. Anschließend sind alle Teilnehmer Gäste des Senats bei einem kleinen Empfang, der Gelegenheit zu informellen Diskussionen bietet.

3. Abendgespräch* :

Berliner Rathaus, 23. Oktober 2007

"Bürgerengagement und soziale Integration "

Die Veranstaltung beginnt kurz nach 19:00 Uhr. Es nehmen teil:

Staatssekretärin Monika Helbig

Impulsreferentin:

Ute Kumpf MdB

Auf dem Podium:

Dipl.-Ing. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender Türkische Gemeinde in Deutschland

Dr. Robin Schneider, Büro des Beauftragten des Senats von Berlin zur Integration und Migration

Christel Hartmann-Fritsch, Leiterin des Internationalen JugendKunst- und Kulturzentrums „Schlesische 27“

Dipl.-Ing. Elke Becker, TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Moderation: Rupert Graf Strachwitz

Ca. 50 Teilnehmer im Saal.

Die Beauftragte der Senatskanzlei für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, begrüßt die Teilnehmer und gibt einen Ausblick auf das Abendgespräch zum Thema „Bürgerengagement und soziale Integration“. Sie betont, dass es verschiedene Wege gibt, sich diesem Thema anzunähern. Denn den einen Masterplan zur Integration unserer Gesellschaft gibt es nicht. Frau Staatssekretärin Helbig weist darüber hinaus darauf hin, dass die Alternative „Mehr Staat“ versus „Mehr Bürgergesellschaft“ nur eine scheinbare ist. Zwar ist der Staat in der Pflicht, mehr für die Integration zu tun, aber er wird es nicht alleine schaffen können.

* Protokoll: Eva Maria Hinterhuber, Berlin, den 9. November 2007.

Die Aufgabe der Abendveranstaltung benennt sie dahingehend, die Potenziale der Zivilgesellschaft und des Bürgerschaftlichen Engagements in Bezug auf die Förderung der sozialen Integration auszuloten. Die zentrale Frage ist, wie die Zivilgesellschaft darin gestärkt werden kann, integrativ zu wirken. Nach der Vorstellung und Begrüßung der Podiumsteilnehmer und -teilnehmerinnen betont Frau Staatssekretärin Helbig die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung des Feldes Bürgerschaftlichen Engagements, einer Entwicklung vom bis dato vorherrschenden Nebeneinander zum Miteinander.

Moderator Rupert Graf Strachwitz begrüßt ebenfalls die Anwesenden. Er unterstreicht, dass im Zentrum der Veranstaltung nicht die „klassischen“ Formen des bürgerschaftlichen Engagements stehen sollen, denen die ersten Assoziationen gelten, wenn über soziale Themen gesprochen wird. Vielmehr sollen Brennpunkte diskutiert werden, z.B. auf der politischen Ebene. Gleichzeitig betont er, dass nicht die mit dem Thema Integration verbundenen Problemlagen im Vordergrund stehen sollen, sondern der Zusammenhang mit Bürgerschaftlichem Engagement diskutiert werden soll.

Ute Kumpf MdB beginnt ihr Impulsreferat mit einer vergleichenden Perspektive auf die soziale Integration in Stuttgart und Berlin. Unter Bezugnahme auf das Berliner Integrationskonzept verweist sie darauf, dass bereits jetzt rund 40% aller Kinder und Jugendlichen in Berlin unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund haben. Die Zukunftsperspektiven Berlins hängen daher maßgeblich von der Integration gerade junger Migranten und Migrantinnen ab. Dies gilt ähnlich nicht nur für Stuttgart, sondern für ganz Deutschland. Die Zuwanderung hat die bundesdeutsche Gesellschaft politisch, ökonomisch und mental verändert.

Ihrer Meinung nach ist Integration dabei immer ein zweiseitiger Prozess, der sowohl die Minderheiten als auch die Mehrheitsgesellschaft etwas angeht. Integration bedeutet für sie „die Chance zu geben, am Leben unserer Gesellschaft voll teilzunehmen“. Ein wichtiger Schlüssel zur Integration ist dabei ebenso die materielle wie die soziale Teilhabe:

- durch Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit,
- durch Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen,
- durch Teilhabe der Familie an der Gesellschaft,
- durch Zugang zu politischen Rechten.

Politische Teilhabe ist eine zentrale Säule für die Integration. Daher ist es notwendig, so die Abgeordnete, Personen mit Migrationshintergrund für die politische Beteiligung zu gewinnen, indem z.B. politische Bildung in der Muttersprache angeboten wird. Ein weiterer Punkt ist das kommunale Wahlrecht nicht nur für EU-Ausländer oder die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft.

Genauso wichtig wie die politischen Rahmenbedingungen ist eine aktive Bürgergesellschaft, betont Frau Kumpf. Selbstverständlich, so die Abgeordnete, kann und soll die Bürgergesellschaft den Staat nicht ersetzen.

In Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten konstatiert Kumpf große Wissens- bzw. Forschungslücken. Bekannt ist lediglich, dass es bestimmte Unterschiede gibt. Frau Kumpf plädiert dafür, die Menschen dort abzuholen, wo sie kulturell verankert sind. So bevorzugen Menschen mit Migrationshintergrund häufig das informelle Engagement und bleiben lieber unter sich, außerdem spielt Selbsthilfe eine große Rolle.

Sie betont die besondere Bedeutung von Selbsthilfestrukturen beim Engagement von Migrantinnen und Migranten in der Familie und in Migrantenselbsthilfeorganisationen und strebt eine finanzielle Förderung von Selbsthilfe-Netzwerken an.

Ein zweites Feld sind die Freiwilligendienste, wo Frau Kumpf eine angemessene Beteiligung von MigrantInnen bzw. -organisationen anstrebt. Gerade in Bezug auf die Jugendfreiwilligendienste, aber auch für die ältere Generation sieht die SPD-Politikerin Handlungsbedarf.

Als ein Erfolgsmodell führt Frau Kumpf das von der SPD initiierte Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ an sowie das Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe“.

Ute Kumpf kommt zu dem Schluss, das bürgerschaftliche Engagement ein Motor für Integration sein kann, wenn die materiellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für eine aktive Beteiligung von Migranten und Migrantinnen an der Gesellschaft gegeben sind. Sie plädiert für eine Anerkennung der Kultur der Unterschiede, fordert einen Perspektivwechsel und merkt an, dass erreichte Erfolge auch wahrgenommen werden müssen.

Der Moderator, Rupert Graf Strachwitz, fragt Dr. Robin Schneider danach, ob der Staat in der Lage ist, Migrationsprobleme alleine zu lösen. Herr Dr. Schneider verneint dies – der Staat kann Integration nicht alleine bewältigen. Gleichzeitig können die Probleme auch nicht nur von den „communities“ gelöst werden.

Das Motto der Stadt ist „Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken“. Der gegenüber früheren paternalistischen Ansätzen neu eingeschlagene Weg heißt „Integration durch Partizipation“.

Dabei wird die materielle, politische und soziale Teilhabe als Voraussetzung für die Integration gewertet. Herr Dr. Schneider betont das wechselseitige Integrationsverständnis zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft.

Konkret spricht er an, dass bspw. die Polizei oder die Ausländerbehörde sich gegenüber Migranten öffnen müssen. Die Verwaltung hat s.E. die Funktion, diese Prozesse zu moderieren und dort einzugreifen, wo es nötig ist.

Partizipation, so Schneider, meint nicht nur eine Anerkennungskultur oder Ähnliches, sondern ist in Berlin auch „institutionalisiert“ durch die Einrichtung eines „Integrationsberats“, eines Gremiums mit 12 gewählten Vertretern von Migrantenorganisationen. Das Integrationskonzept für Berlin ist maßgeblich unter dem Einfluss dieses Beirats entstanden.

Bei der Umsetzung von Projekten sind laut Schneider pragmatische Zugänge gefragt. Exemplarisch nennt er das Problem, dass 16.5% von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Abschluss von der Schule gehen und damit auf dem 1. Arbeitsmarkt chancenlos sind. Die zentralen Probleme liegen hier s.E. oft bei den „Scharnieren“, nicht in den Systemen. Ehrenamtliches Engagement kann in diesen Punkt ein wesentliches Instrument sein, um diese Situation zu verbessern. Dr. Schneider plädiert dafür, vom Defizitansatz wegzukommen und sich den erfolgreichen Beispielen von Integration zuzuwenden. Seiner Erfahrung nach ist die Erfolgsquote dort, wo ehrenamtliche Arbeit existiert, deutlich höher.

Kenan Kolat bestätigt Graf Strachwitz, dass die materielle Teilhabe eine Voraussetzung für Integration ist. Er beginnt seinen Beitrag mit dem Thema der politischen Mitwirkungsmöglichkeit und postuliert, dass, wer mitentscheiden kann, sich auch beteiligt. Als ein Beispiel führt er die Betriebsräte an; Betriebsräte mit Migrationshintergrund, die auch die Interessen der deutschen Arbeitnehmer vertreten. Einen zweiten wichtigen Ansatz sieht Kolat im „migration mainstreaming“. Hier wird die Integrations- bzw. Partizipationsfrage als Querschnittsaufgabe angesehen. Das heißt konkret, dass sich deutsche ebenso wie andere Organisationen öffnen müssen. Hierbei weist Kenan Kolat darauf hin, dass auch Personen mit Migrationshintergrund nicht per se interkulturell kompetent sind. Als dritten Ansatz stellt Herr Kolat den Empowerment-Ansatz vor. Gemeint ist damit die Notwendigkeit einer Förderung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass 60 bis 70 % der Personen mit Migrationshintergrund aus den unteren sozialen Schichten stammen. In der türkischstämmigen „community“ sind ca. 80 % der Unterschicht zuzuordnen, während es in der gesamten deutschen Bevölkerung ca. 13 % sind. Entsprechend spricht Herr Kolat von einer „kumulierten Unterschichtsproblematik“.

Als vierten Bereich nennt er das Thema Kooperation. Gegenüber der bislang weit verbreiteten Vorgehensweise, dass deutsche Organisationen Fördergelder bekommen und an türkische Organisationen auf der Suche nach Partnern herantreten, bevorzugt er ein Vorgehen, das von vorneherein eine gemeinsame Planung vorsieht. In diesem Zusammenhang hält Kenan Kolat bspw. eine Freiwilligenagentur, die sich gezielt an Migranten richtete, für sinnvoll. Auch plädiert er dafür, mehr migrantische Jugendliche für das freiwillige soziale/ökologische/kulturelle Jahr anzuwerben. Viele bürgerschaftlich engagierte Migranten setzen sich, so Kolat, in den eigenen Organisationen für die doppelte Staatsbürgerschaft oder das Wahlrecht ein. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitschaft bzw. Kapazität gering, sich bspw. in der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Als Erfolgsbeispiele nennt er in dieser Hinsicht einen Fußballverband sowie den Berliner Rundfunkrat. Herr Kolat betont, dass, wer sich beteiligt, sich auch mit der entsprechenden Problematik beschäftigt. Er greift nochmals das Thema der Kommunalwahlen auf und verweist darauf, dass ein hoher Prozentsatz der türkischstämmigen Wähler und Wählerinnen dieses ausübt. Sein Fazit lautet vor diesem Hintergrund: Migranten beteiligen sich, sobald sie Rechte haben, auch in anderen Bereichen (z.B. ökonomisch ausgerichteten), als denjenigen, die sie unmittelbar als Migranten betreffen.

Dipl.-Ing. Elke Becker antwortet auf Graf Strachwitz Frage nach dem Quartiersmanagement, dass dieses ein niedrigschwelliges Angebot darstellt, sich zu artikulieren. Ziel ist eine gemeinsame Problemfindung: Man muss nicht nur zusammen planen, sondern in einem ersten Schritt auch zusammen die Probleme definieren. Nur auf diese Weise ist es möglich, passende Angebote für die unterschiedlichen Personengruppen zu finden. Frau Becker berichtet in diesem Zusammenhang von einem Projekt, in dessen Rahmen über Jugendzentren und Schulen Einwegkameras verteilt wurden. Der Auftrag an die Jugendlichen war, zu dokumentieren, was ihnen in ihrem Stadtteil gefällt und was nicht. Die gleiche Aufgabe stellten sie an herausragende Personen, darunter den Bürgermeister. Die aus den Ergebnissen erstellte Collage führte dazu, dass die unterschiedlichsten Personengruppen miteinander ins Gespräch kamen. Solche Situationen bergen das Potenzial, dass aus ihnen heraus etwas Neues entsteht. Elke Beckers Fazit ist, dass Quartiersmanagement Erfolgskomponenten hat, insbesondere, weil es dazu geeignet ist, verschiedene Personengruppen mit einbeziehen zu können.

Die Geschäftsführerin der „Schlesischen 27“, Christel Hartmann-Fritsch, macht in ihrem Statement auf Unterschiede zwischen den Podiumsteilnehmern und -teilnehmerinnen

aufmerksam. Sie konstatiert, dass die Diskussion vor zwanzig Jahren fast gleich verlaufen wäre, nur die Begrifflichkeiten haben sich verändert. Sie berichtet aus dem Internationalen JugendKunst- und Kulturzentrum „Schlesische 27“, das sie als einen Mikrokosmos, ein Laborprojekt für das wirkliche Leben charakterisiert. Als sie und ihre Mitstreiter vor 25 Jahren das Projekt gestartet haben, war der Slogan „jeder Mensch kann gestalten“ eine Provokation. Bis heute bringen sie Künstler mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt. Dabei wird kein therapeutischer Ansatz verfolgt. Vielmehr werden gemeinsam Theater-, Film- und Kunstprojekte gemacht, deren Ergebnisse an öffentlichen Orten wie z.B. dem Pariser Platz gezeigt werden. Vor der Anerkennung der Unterschiede steht, so Frau Hartmann-Fritsch, die Anerkennung des eigenen Ichs. Die Erfahrung der eigenen Stärke ist das Zentrale, dies ist durch Kunst wunderbar erfahrbar. Frau Hartmann-Fritsch betont, dass sie bei ihrer Arbeit niemanden irgendwohin integrieren muss. Wenn, dann zieht sie das Schlagwort „managing diversity“ vor. Ihr Ziel, Menschen stark zu machen, gelingt auch, indem den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten eröffnet werden, über den eigenen Tellerrand, konkret: den eigenen Stadtteil, hinauszuschauen. Die „Schlesische 27“ ist entsprechend gut vernetzt, bis hin auf europäische Ebene. In Abgrenzung von einer aus einem „Helfersyndrom“ motivierten Vorgehensweise betont Hartmann-Fritsch, dass Bildung über die Lust an der Sache vonstatten gehe. Ein solches „empowerment“ eröffne wiederum den Weg in politische Bereiche.

Als ein weiteres Beispiel führt Christel Hartmann-Fritsch die erfolgreiche Durchführung einer „fête de la soupe“ an, eines Straßenfestes mit einer langen Tafel, zu dem alle Bewohner herzlich eingeladen sind, Suppe mitzubringen. Zum ersten Berliner Suppenfestival kamen 20.000 Leute. Diese Dimension führt allerdings dazu, dass sich solche Feste nur dann verstetigen lassen, wenn die Politik Unterstützung erweist.

Frau Hartmann-Fritsch endet mit einer Zukunftsvision: Früher hieß es, „mein Freund ist Ausländer“. Heute spricht man von „Menschen mit Migrationshintergrund“. Spannend wird es dann, wenn darauf einmal ganz vergessen wird.

Herr Kolat berichtet von seinen eigenen positiven Erfahrungen mit der „Schlesischen 27“ und übernimmt das Stichwort des „managing diversity“. Er betont, dass jeder Mensch über Kompetenzen verfügt. Diese heraus zu finden zählt zu den Aufgabe von interkulturellen Teams.

Bezugnehmend auf die Einschätzung seiner Vorrednerin, dass sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinsichtlich der Diskussion über Integration nur wenig verändert hat, stellt Herr Kolat folgende Punkte heraus: Den „Islamgipfel“ bezeichnet er mit der Begründung als

historisch, dass erstmals Vertreter und Vertreterinnen der ersten Riege daran beteiligt waren. Als ein weiteres positives Zeichen führt er an, dass im Zuge des Islamgipfels die Bundeskanzlerin Angela Merkel überraschend auf dem Fest des Fastenbrechens zum Ende des Ramadan erschienen ist. Die Politik ändert sich s.E., einige, wenn auch nicht alle, sind auch bereits von der rein politischen Tätigkeit zur Projektstätigkeit über gegangen.

Als ein besonders positives Beispiel stellt er das Projekt „Integration plus Lotsen“ in Aachen, Berlin und Frankfurt am Main vor, in dessen Rahmen je 200 Elternlotsen mitarbeiten.

Auch Frau Kumpf nimmt Bezug auf die Einschätzung von Christel Hartmann-Fritsch und konstatiert, dass man vor zwanzig Jahren diese Diskussion nicht geführt hätte, und dass auch sie den „Spaßfaktor“ mit einbezieht.

Wichtig ist i.E. besonders der Partizipationsansatz und eine demokratische Herangehensweise.

Sie bestätigt den Moderator hinsichtlich „diversity“: „Vielfalt als Stärke“ ist eine neue Sichtweise. Willkommen zu sein, eingeladen zu sein sei oft noch wichtiger als rechtliche Voraussetzungen. Akzeptanz und Anerkennung sind die Stichwörter, Migranten und Migrantinnen sollten nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.

Seit sie 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags ist, hat sich in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement einiges getan: So wurde der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ als Gemeinnützigkeitszweck in die Abgabenordnung aufgenommen. Diese Struktur ist i.E. gerade für die kleineren Unternehmungen förderlich. Sie schlägt vor, zukünftig stärker auf Tandemlösungen zu setzen und Akteure wie z.B. die Diakonie hier stärker in die Pflicht zu nehmen. Zum Thema „Freiwilliges Soziales Jahr“ merkt Frau Kumpf an, dass die Unterschicht generell weniger vertreten ist.

Elke Becker schließt an ihre Vorrednerin an, indem sie eine Lanze für die kleineren Projekte bricht: Gerade diese bedürfen der Wertschätzung, auch wenn sie einer Evaluation oft nicht standhalten können. Sie plädiert für eine Ermöglichungskultur neben der Anerkennungskultur: Die Jugendlichen sollten die Möglichkeit erhalten, sich und ihren Weg zu finden.

Die Diskussion im Plenum beginnt mit einem Beitrag von Frau Ulrika Zabel vom Berliner Kompetenzzentrum für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe. Sie berichtet von der politischen Arbeit in Seniorenvertretungen. Hier finden sich kaum Migranten, und wenn, dann oft in einer marginalen Rolle. Ihr Kompetenzzentrum hat diesen Prozess moderiert, mit dem Ziel, Personen mit Migrationshintergrund eine aktivere Rolle zu verschaffen. Frau Zabel

weist darauf hin, dass Partizipation auf der anderen Seite auch immer etwas mit dem Abgeben von Macht zu tun hat, und berichtet von negativen Erfahrungen von migrantischen Senioren und Seniorinnen. Hier stellt sich die Frage danach, was Diskriminierung ist und was Unachtsamkeit. Generell gibt es in Deutschland keine Willkommenskultur.

Gerd Rosinsky von der Deutschen Rheuma-Liga Berlin berichtet als positives Beispiel von 30 bis 40 türkischen Frauen, die sich bei der Liga engagieren. Jede von ihnen erreicht zwischen 30 und 100 Leuten.

Er stellt die Frage nach Freiwilligenarbeit und Mäzenatentum: Wie bringen sich Deutsche, wie Migranten ein? Gibt es Unterschiede? Sind in Deutschland wirksame Rahmenbedingungen gegeben?

Kenan Kolat verweist darauf, dass es zu dem Thema der Beteiligung von Migranten an Freiwilligenarbeit und Mäzenatentum bislang kaum wissenschaftliche Arbeiten gibt. Laut einer Studie des Senats sind 65% der türkischen Migranten bürgerschaftlich engagiert, was er selbst jedoch in Frage stellt. Die Motivation, sich zu engagieren, ist vorwiegend herkunftsorientiert. Aus einer historischen Perspektive stand am Anfang das Engagement aus Solidarität, darauf folgte politisch orientiertes Engagement, danach die Gründung von Interessensvereinen und schließlich von Dachverbänden. Seit Mitte der 1990er Jahre bilden sich „Landsmannschaftsvereine“, in denen sich Personen aus dem gleichen (Herkunfts-)Ort zusammenschließen, oft auch in bundesweiten Dachverbänden. Diese Entwicklung bewertet Kolat als „rollback“ und erklärt ihn mit mangelnden Partizipationsmöglichkeiten der migrantischen Minderheit in der Mehrheitsgesellschaft. Seine Reaktion darauf war, einen Wettbewerb vorzuschlagen, welcher dieser Vereine die meisten Abiturienten hervorbringt. Kolat schließt damit, dass die politische Partizipation s.E. mittlerweile gelungen ist, und verweist auf 8 bis 13 migrantische Abgeordnete, die keineswegs nur Migrationspolitik betreiben.

Rupert Graf Strachwitz antwortet auf die Frage von Herrn Rosinskiy, dass die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht schlecht sind. Es hakt vornehmlich an kleinen Dingen. Als ein Beispiel führt er die Fragestellung an, ob man in Deutschland eine Stiftung gründen kann, die gleichzeitig den Anforderungen eines „waqf“, der islamischen Institution der frommen Stiftung, entspricht.

Dr. Karl Birkhölzer von der TU Berlin merkt an, dass es kaum Wissen über das Entstehen von bürgerschaftlichem Engagement gibt. Er kritisiert, dass auch im gegebenen Zusammenhang zu wenig über die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement bei Integrationsfragen gesprochen wird. Er erklärt diesen Umstand damit, dass unklar ist, was bürgerschaftliches Engagement ist. Für ihn steht dabei die Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen, „weil sie müssen“, im Vordergrund. Bürgerschaftliches Engagement weist in diesem Sinn vor allem auf einen Missstand hin. Bei aller diesbezüglichen Abgrenzung ist bürgerschaftliches Engagement fälschlich ein Lückenfüller für sozial-ökonomische Problemlösungen, es ist als Frühwarnsystem zu verstehen, auf das der Staat achten müsse. Der ökonomische Bereich wird in diesem Zusammenhang regelmäßig unterschätzt. Der viel besprochene wirtschaftliche Aufschwung ist in der Realität eine Zunahme präkarisierter Arbeitsverhältnisse, also von Jobs, von denen man nicht leben kann.

Hierauf reagiert die Staatssekretärin Monika Helbig, indem sie darauf hinweist, dass beides richtig ist: Das Präkariat kann mobilisierend wirken, aber eben auch der Umstand, dass eine Person über die materiellen Voraussetzungen verfügt, bürgerschaftlich tätig zu werden.

Elke Becker mahnt an, generell immer näher hinzusehen, und fordert mehr Angebote für Menschen, die noch nichts von ihrem Potenzial für bürgerschaftliches Engagement wissen.

Ulker Radziwill, MdB, spricht sich gegen Etikettierungen aus. Sie unterstreicht die Bedeutung von politischer Partizipation und betont, dass es wichtig ist, auch entsprechenden Nachwuchs heran zu ziehen. Den Umstand, dass sowohl Mangel als auch Wohlstand zu bürgerschaftlichem Engagement führen können, sieht sie nicht als Widerspruch an. Sie merkt darüber hinaus an, dass migrantisches bürgerschaftliches Engagement manchmal andere Formen annimmt. Dies muss i.E. nicht immer „schubladisiert“ werden. Frau Radziwill tritt für Rahmenbedingungen ein, die kleinere Schritte ermöglichen.

Elke Becker trennt die öffentliche Hand von der Verwaltung: Erstere hat viel gelernt, bei letzterer konstatiert sie noch einigen Handlungsbedarf.

Kenan Kolat schließt damit, dass es ein Qualitätsbeweis von Veranstaltungen ist, wenn man mit mehr Fragen hinausgeht, als man hingekommen ist.

Frau Helbig greift das Statement von Frau Becker auf und bestätigt, dass Politik häufig der Motor für die Verwaltung sein muss. Sie bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt damit die Veranstaltung.

4. Abendgespräch* :Im Louise-Schröder-Saal des Berliner Rathauses, 13.November 2007
„Bürgerengagement für die Berliner Kultur“

Die Veranstaltung beginnt kurz nach 19:00 Uhr. Es nehmen teil:

Staatssekretärin Monika Helbig

Impulsreferent:

Staatsekretär André Schmitz

Auf dem Podium:

Enrique Sánchez Lansch, Regisseur des Dokumentarfilms „Rhythm is it“

Regina Lorenz, Dresdner Bank

Margita Hertel, Stiftung Pfefferwerk

Moderation: Rupert Graf Strachwitz

Ca. 90 Teilnehmer im Saal.

Die Beauftragte der Senatskanzlei für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, begrüßt die Teilnehmer. Sie lenkt den thematischen Fokus auf die Engagementpolitik im Bereich der Kultur in Berlin und damit weg von den allgegenwärtigen Debatten um Großprojekte wie der Finanzierung des Humboldtforums oder der Kunsthalle, von „White Cube“ oder den beiden „Mega-Events“ des Freundeskreises der Neuen Nationalgalerie. Es sollen vielmehr Überlegungen zu Rahmenbedingungen für eine Kultur bürgerschaftlichen Engagements angestellt werden, im Sinne der Verantwortung des einzelnen Bürgers für das Gemeinwesen und seiner Bereitschaft, sich dafür in einem Akt der Selbstermächtigung und der Selbstorganisation einzusetzen. Sie bezweifelt die Gegenübersetzung des von Hilmar Hoffmann geprägten Begriffs „Kultur für allen“ gegen den Begriff „Kultur von allen“, wie sie Rupert Graf Strachwitz einmal eingebracht hat und will ausdrücklich die Exklusivität des Staatlichen aufbrechen, um kulturelle Arbeit als etwas Zivilgesellschaftliches verstehen zu lernen. Sie wirft die Frage auf, wie Kulturpolitik dazu

* Protokoll: Marie v. Manteuffel-Szoegel, Berlin, den 19. November 2007.

beitragen kann, dass jeder Bürger dazu befähigt wird, sich mit Eigeninitiative und seinen jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten einzubringen. Durch das thematische Ausblenden der Arbeit und des Mäzenatentums der bekannten Größen in der Kulturlandschaft Berlins wie Herrn Dussmann oder Professor Raue sowie der Kulturpolitik des Staates sollen diese also keineswegs abgewertet oder relativiert werden, sondern vielmehr eine Diskussion und Engagement ausgelöst werden, das unabhängig ist von der möglicherweise paternalistischen und etatistischen Vorstellung, der wissende und kluge Staat bringe die Kultur zu den unwissenden oder gar unzivilisierten Bürgern. Staatssekretärin Monika Helbig betont, dass öffentliches Engagement im Bereich der Kultur nicht allein an der staatlichen Förderung zu messen ist, sondern auch an der Wertschätzung der vielerlei Formen selbstorganisierten Kulturlebens sowie ihrer integrativen Leistung für unsere Gesellschaft. Dies hat eine steuerliche Komponente, aber es geht genauso darum, bereits in jungen Jahren entsprechende Initiativen zu fördern und Räume zu bieten, in denen sich die Initiativen entfalten können.

Sie stellt ihren Kollegen, Kulturstaatssekretär André Schmitz, als für das folgende Impulsreferat prädestinierten Referenten vor, da er einerseits ihr Vorgänger als Beauftragter für Bürgerschaftliches Engagement ist, auf eine lange Karriere in der staatlich finanzierten Kultur zurückblicken kann, insbesondere als Verwaltungsdirektor der Volksbühne sowie als Interimsintendant der Deutschen Oper, und sich darüber hinaus selbst seit langem zivilgesellschaftlich engagiert durch die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa sowie seit neuestem als Vorstand in der Inge Deutschkron-Stiftung. In seiner Stellung als Kulturstaatssekretär ist er außerdem zuständig für die anstehenden kulturpolitischen Herausforderungen und kümmert sich um eine möglichst optimale Verknüpfung staatlichen Handelns mit zivilgesellschaftlichem Engagement.

Auch die Teilnehmer des Podiums werden kurz vorgestellt:

- Regine Lorenz, als Zuständige der Dresdner Bank AG für Stiftungen im Bereich Corporate Affairs
- Margita Hertel in Vertretung des leider erkrankten Torsten Wischnewski, beide im Vorstand der Stiftung Pfefferwerk sowie
- Enrique Sánchez Lansch, Regisseur des Films „Rhythm is it“

Der Moderator Rupert Graf Strachwitz begrüßt ebenfalls die Anwesenden und weist auf die erst kürzlich veröffentlichten Andeutungen der Enquete-Kommission des Bundestages

hinsichtlich ihres Jahresberichtes hin, zu dessen Grundlage das Maecenata Institut ein Gutachten erstellt hat, mit unter anderem dem folgendem Ergebnis:

Inklusive der so genannten Zeitspenden ergibt sich die Staffelung der Anteile an der privaten Kulturfinanzierung in Deutschland folgendermaßen:

1. durch die sogenannte Kulturwirtschaft, d.h. den Kauf von Eintrittskarten für Theater, Bücher, Ausstellungen o.ä. durch die Bürger,
2. durch private Spenden der Bürger, hauptsächlich allerdings durch Aufbringen von Zeit und Kreativität, d.h. nicht unbedingt in Form monetärer Mittel,
3. durch den Beitrag der Bürger in Form von Steuermitteln.

Diese Auflistung zeigt die zentrale Stellung bürgerschaftlichen Engagements und das breite Engagement aller für die Kultur.

Kulturstaatssekretär André Schmitz beginnt sein Impulsreferat mit dem Hinweis auf seine enge Zusammenarbeit mit der Podiumsteilnehmerin Regine Lorenz durch ihr gemeinsames Projekt „classic is cool“ der Deutschen Oper Berlin. Er begrüßt die einzelnen Podiumsteilnehmer und führt in ihre Projekte ein.

Der Kulturstaatssekretär will ebenfalls nicht über das große Geld reden, sondern über das Engagement der Bürger. Er spricht sich für die Kreativität und Flexibilität von bürgerschaftlichem Engagement aus und für die damit verbundene Erforderlichkeit in der Politik, bzw. der öffentlichen Verwaltung, dieses Engagement zu fördern und bessere Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und damit das bürgerschaftliche Engagement als eigenständigen Faktor in den politischen Prozess zu integrieren. Er sieht diesen Lernprozess, mit dem die Politik bereits begonnen hat, als notwendige Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Beispiele, wie bürgerschaftliches Engagement ganz unmittelbar die Kulturpolitik beeinflusst, nennt er die entstehende Kunsthalle, bzw. den „White Cube“. Er weist auf die große Bedeutung des Themas für Berlin hin und die entsprechend lange Geschichte bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt, spricht dabei insbesondere die anwesende Gräfin Dönhoff als Beispiel eines langjährigen Akteurs an, der sehr viel flexibler als die Politik eingreifen kann „wenn und wo der Schuh drückt“. Während die Verwaltung und Politik ein solches Umdenken mühsam lernen mussten und weiterhin

müssen, wird der Bürger mehr und mehr als gleichberechtigter Partner akzeptiert und mit ihm auf Augenhöhe diskutiert. Als repräsentatives Beispiel nennt er den neu eingeführten Stiftungspreis.

Das Hauptaugenmerk heute soll allerdings auf die kulturelle Bildung als besonders wichtige und zentrale Aufgabe aller fallen. Kinder und Jugendliche sind, so banal-plakativ dies auch klingen mag, die Zukunft der Gesellschaft. Die familiäre oder schulische Sozialisierung im 21. Jahrhundert reicht dabei immer weniger zur kulturellen Bildung aus. Unsere Zeit ist geprägt durch Diskontinuität, Brüche und steten Wandel, welche neue Anforderungen an den sozialen Zusammenhalt sowie die Gestaltung des eigenen individuellen Lebenswegs stellen. Es entsteht gleichzeitig ein Mehr an Chancen, als auch ein Mehr an Risiken, welche gerne unter dem Stichwort „riskantes Leben“ diskutiert werden. Die Bildung und ihr Aneignungsprozess sollten daher selbst zum Kompass und Rüstzeug werden, da ein lebenslang geltender Bildungskanon als solcher nicht mehr vermittelt werden kann. Dies setzt allerdings ein integratives Miteinander von Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien voraus. Auf diese Weise soll vermieden werden, das ureigene Potential der kommenden Generation zu verschenken, gerade vor dem Hintergrund, dass in zehn Jahren 50 Prozent der Kinder in Berlin Migrationshintergrund haben werden. Als zentralen Aspekt für die kulturelle Bildung nennt André Schmitz dabei die Sprachbildung und als Beispiel hierfür das Projekt „Leselust“ der Bürgerstiftung Berlin. Auf die notwendige Frage für die Politik, wie sie „von der Spitze in die Breite“ kommen kann antwortet er mit dem Hinweis auf das neueingerichtete Büro im „Podewil“, dessen Aufgabe es ist, bürgerschaftliches Engagement und öffentliche Förderung im Bereich kultureller Bildung zu koordinieren und zu vernetzen. Hierfür stehen künftig 500.000 Euro aus dem Kulturhaushalt zur Verfügung. Außerdem setzt er sich dafür ein, in den kommenden Doppelhaushalt 2008/2009 einen eigenen Fonds für kulturelle Bildung aufzunehmen.

André Schmitz schließt mit einem Zitat der Philosophin Hannah Arendt, welche die Fähigkeit des Menschen, gemeinsam mit anderen zu handeln als „Grundbedingung des Politischen“ beschrieb und freut sich über die Chance für alle Anwesenden, gemeinsam politisch zu werden.

Der Moderator greift das Zitat als zentralen Lehrsatz auf und fragt Margita Hertel nach ihrer Identifizierung mit einem solchen Satz.

Margita Hertel bedankt sich, den Pfefferberg vorstellen zu können und skizziert dessen Geschichte von der Grundidee der Umgestaltung des ursprünglichen Brauereigeländes 1988

über die Gründung des e.V. 1990 durch engagierte ortsansässige Bürger und Künstler bis zum Einbringen des Grundstücks in eine Stiftung 1999 und dem heutigen Volumen von 8 unterschiedlichen Organisationen mit insgesamt 600 Beschäftigten, Behindertenwerkstätten, zwei Grundschulen, Sportstätten, kleine und inzwischen renommierte in- und ausländische Galerien und Ateliers. Sie berichtet von der Einrichtung eines eigenen Ausbildungsbereichs für Berufe wie Mediengestalter, Veranstaltungstechniker und ähnliche. Das Pfefferwerk unterhält vorwiegend soziokulturelle Kleinaktivitäten, hat aber inzwischen auch den Bogen gespannt zur Hochkultur durch beispielsweise eine Ausstellung des dänischen Künstlers Olafur Eliasson, sodass gesagt werden kann: „Es läuft“. Sie bestätigt das unermüdliche Einbringen aller Beteiligten als zwingende Voraussetzung dieses Gelingens.

Regisseur Sánchez Lansch berichtet von seinen Erfahrungen, Menschen in ihrem ganz privaten Bereich erleben zu dürfen. Gemeinsam mit den Berliner Philharmonikern bei der Herstellung des Films „Rhythm is it“ hat er Menschen ab ihren „ersten Gehversuchen“ begleiten zu dürfen, aus denen plötzlich 7 Meilen Schritte wurden. Der Film war das größte Projekt der Philharmoniker in der ersten Spielzeit 2002/03 und gleichzeitig der ersten Spielzeit von Sir Simon Rattle an der Philharmonie in Berlin, welcher großen Anteil trägt an der Entwicklung des Projekts und des Orchesters in den letzten Jahren. Es hat ihn erstaunt, dass ein solches Großprojekt in dieser Form überhaupt gelingen kann und hat ihn persönlich sehr berührt. Die Frage, ob es wirklich Gott gegeben und unumgänglich ist, dass in der sogenannten Hochkultur fast inzüchtig eine Hochzeit gefeiert wird zwischen den Personen auf der Bühne und im Publikum und damit von vorneherein ein großer Teil der Gesellschaft ausgeschlossen wird, kann er inzwischen negativ beantworten. Er hat feststellen dürfen, dass es tatsächlich möglich ist, die Brücke zu schlagen, Menschen an die Kultur hinzuführen, dafür zu begeistern aber auch zu befähigen, diese Kunst selbst vollziehen zu können und die teilweise verbreitete Exklusivität aufzubrechen, und zwar Menschen, die bislang weder Kenntnis noch das Bedürfnis nach dieser Art der Kultur verspürt hatten. Er bewundert die Berliner Philharmoniker, dass sie dies mit der ausgerechnet schwersten Klientel an Jugendlichen angegangen sind, nämlich überwiegend Schulverweigerern aus Schulen, an denen die Schulabbruchquoten besonders hoch sind. Dies alles passierte im Zusammenspiel mit der Bürgerstiftung Berlin, die auf diesem Gebiet speziell engagiert ist und deren Erfahrung mit den entsprechend auftauchenden Problemen eine wesentliche Hilfe für die Berliner Philharmoniker darstellte.

Als Ergebnis haben 250 Jugendliche in einem Zeitraum von 8 Wochen eine großartige Choreografie auf Stravinskys „Le Sacre du Printemps“ erarbeitet und in der Arena Treptow vor einem Publikum von 3000 Menschen Ende Januar 2003 aufgeführt. Trotz der Leitung durch Royston Maldoom als hervorragendem Choreograph mit spezieller Erfahrung in der Arbeit mit „raw material“, d.h. komplett unausgebildeten jugendlichen Tänzern, und der insgesamt sehr guten Planung sowie des Erfahrungsschatzes der Berliner Bürgerstiftung berichtet er von seinen großen Zweifeln am Erfolg des Projekts und der Befürchtung, dass am Ende 250 Kinder auf der Bühne stehen und etwas aufführen, das eher nach „gut gemeint“ aussieht und man Stimmen hört wie „wie nett, dass sie daran geblieben sind und es zu einer Aufführung gebracht haben“ und „wie schön, dass die Berliner Philharmoniker die Philharmonie verlassen, nach Treptow kommen und hier so etwas begleiten“. Nachdem im Verlauf der acht Wochen diese Zweifel immer größer geworden waren, da Jugendliche absprangen, sich ihre Schritte nicht merkten und ähnliche Probleme auftauchten konnte er in den letzten 2 Wochen des Prozesses beobachten, wie es sich alles zusammenfügte und die Teilnehmer nicht nur ihre Schrittfolgen konnten, sondern wie es gelang und auch von außen beobachtbar war, dass die Verantwortung für das Projekt übergeben werden konnte, dass die Jugendlichen anfangen, sich selbst zu organisieren, die Engagierteren die weniger Engagierten an die Hand nahmen und ein sozialer Gruppenprozess in Gang kam, der vorher weder zu sehen noch zu erwarten gewesen war. Somit war es nicht nur möglich, 250 Jugendlichen einen Zugang zum Tanz und zu der nicht ganz einfachen Musik von Stravinsky zu geben, die auch nicht unbedingt eine Liebe auf den ersten Blick bedeutete, sondern soziale Entwicklung entstehen zu lassen und zwar für alle nach außen sichtbar.

Enrique Sánchez Lach berichtet weiter, dass, obwohl das Projekt ein Beispiel setzte, leider auch die ein oder andere kritische Stimme zu hören war, warum ausgerechnet Berliner Philharmoniker so etwas veranstalten müssten. Enrique Sánchez Lach hingegen findet es besonders großartig, dass genau die Berliner Philharmoniker ein solches Projekt, hinter dem auch viel bürgerschaftliches Engagement stand, angegangen sind und glaubt, dass Sir Simon Rattle hinzufügen würde, als wie besonders wichtig er empfindet, dass gerade einer Klientel, die mit der als „klassisch“ bezeichnete Musik wenig in Berührung kommt, das Gefühl vermittelt wird, was es bedeuten kann, sich in einem solchen Klangkörper zu bewegen und gegenüber zu finden. Er beobachtet, wie dadurch ein Zeichen gesetzt wurde, sodass in den letzten fünf Jahren viel mehr Licht auf alle ähnlichen aber sehr viel kleinere Projekte fallen konnte, die größere Schwierigkeiten haben, mit ihrer Arbeit an die Öffentlichkeit zu gehen und finanzielle Unterstützung zu finden. Durch das Großprojekt der Berliner Philharmoniker ist also ein Bewusstsein und ein Verständnis für solche Projekte entstanden, einerseits bei

Institutionen wie Banken oder Stiftungen, welche die Mittel für ähnliche Projekte aufbringen und andererseits in der Politik. Er hofft daher sehr, dass diese durch und durch Erfolgsgeschichte weitergeht.

Der Moderator unterstreicht die Bedeutung der von Enrique Sández Lansch ausgeführten Erfahrung, dass sichtbar geworden ist, wie Jugendliche selbst anfangen, ihr Projekt in die Hand zu nehmen und sich zu strukturieren sowie zu organisieren, um das Projekt gelingen zu lassen. Es ist schließlich der Schlüssel zu allem bürgerschaftlichen Engagement, dass der Einzelne „sich beim Schopfe greift“, selbst aktiv wird und Verantwortung übernimmt. An Regine Lorenz gerichtet fragt er, inwiefern sie glaubt, dass die Möglichkeiten der kulturellen Bildung tatsächlich ausgeschöpft werden.

Regine Lorenz berichtet als Beispiel von dem Projekt „classik is cool“ der Deutschen Oper, bei der in einer ganz anderen Richtung gearbeitet wurde und seit 10 Jahren gearbeitet wird, bei dem eine enorm breite Schicht an Zuhörern angesprochen wurde. Es ist nicht zu unterschätzen, was durch das Beispielprojekt „Rhythm is it“ in den Köpfen bewegt wurde, zu zeigen, was Kultur möglich machen und verändern kann. Sie wirft die Frage auf, was bürgerschaftliches Engagement für Unternehmen heißen kann, in denen persönlicher Einsatz von Mitarbeitern kaum verlangt werden kann, sondern zuallererst das Mittel des „schnöden Geldes“ zum Einsatz gebracht wird. Es wird also eher „Hilfe zu Selbsthilfe“ betrieben durch finanzielle Unterstützung, dies allerdings gepaart mit dem unglaublichen persönlichen Einsatz von Menschen, die in Schulen gehen und Jugendliche in Opern einladen zu Gesprächen mit Regisseuren, mit Dramaturgen u.a. Über langfristiges Engagement wird somit das Genre Oper an die Schulen gebracht, wo es leider mehr und mehr verloren geht, der Musikunterricht gekürzt wird und sehr wenig unternommen wird, diesen Teil der Bildung noch zu vermitteln. Sie greift den gefallenen Begriff der Kultur von allen auf und betont, dass Kultur nicht „aufgepfropft“ werden darf, sondern erlebbar gemacht werden muss. Als Beispiel nennt Regine Lorenz den am letzten Wochenende verliehenen 1.Förderpreis für Demokratie, durch den Initiativen ermutigt werden sollen, sich gegen Diskriminierung und Rechtsradikalismus zu engagieren sowie das Projekt „Start“, in dem gemeinsam mit der Herti-Stiftung Stipendien an Jugendliche mit Migrationshintergrund vergeben werden um deren Fähigkeiten zu unterstützen. Sie berichtet, wie sie innerhalb der Dresdner Bank immer wieder auf die Frage der Kollegen, die aus dem Bankbereich kommen, stößt, was dieses ganze Engagement denn eigentlich wirklich bringe. Allerdings sieht sie eine Wechselwirkung entstehen bei Kollegen, die sie immer mehr mit zu ihren Projekten in

der Deutschen Oper mitnimmt, um sie erleben zu lassen, was in dieser Jugendarbeit tatsächlich erreicht werden kann. Die kritischen Stimmen verstummen dann immer ganz schnell und sie freut sich, in diesen Momenten bestätigt zu sehen, dass ihr Engagement auf dem richtigen Weg zu sein scheint.

Der Moderator bemerkt die ganz untypischerweise nahezu ausschließlich positive Einschätzung der Lage durch alle Podiumsteilnehmer und fühlt sich als Moderator zum Nachbohren provoziert. Gleichzeitig schließt er daraus, dass die kulturelle Betätigung wohl ein guter Transmissionsriemen und Katalysator für bürgerschaftliches Einbringen zu sein scheint, mit dem man Wucher betreiben kann und fragt, an André Schmitz gerichtet, ob der erwähnte, bzw. geforderte Prozess des Umdenkens in der Politik tatsächlich stattfindet.

Kulturstaatssekretär André Schmitz bejaht dies zumindest für den kulturellen Bereich, bei dem es sich ohnehin um einen Exot innerhalb der Verwaltung handelt, da viele in diesem Bereich tätige Kollegen selbst ursprünglich aus dem Bereich der Kultur kommen und somit von Haus aus einen ganz anderen Zugang zu der Materie und den auftretenden Problemen haben. Er ist optimistisch, dass dieser Prozess jedoch durchaus weitergeht und sich ausweitet.

Margita Hertel weist auf die Problematik der Unterscheidung zwischen der so genannten Hoch- und Soziokultur hin, insbesondere gegenüber der Verwaltung. Mit letzterer ist es weitaus schwieriger, zu Rande zu kommen. Beispielsweise war es ihr nicht möglich, für eine Musical-Inszenierung mit 280 Haupt- und Realschülern, an eine entsprechende Förderung zu gelangen, da es sich nun mal um kein prestigeträchtiges Vorzeigeprojekt der Hochkultur handelte. Sie mahnt, dass der integrative Aspekt der Kultur hauptsächlich von der Soziokultur getragen wird, sodass diese nicht vergessen oder vernachlässigt werden darf und vielmehr ein Gesamtbild gezeichnet werden sollte. Sie fragt daher nach, was mit der Soziokultur passieren soll.

Der Moderator fragt Herrn Sánchez Lansch nach der Einordnung des eigenen Projektes unter die gefallenen Begriffe, ob es sich nicht nur bei den Berliner Philharmonikern und Stravinsky, sondern auch bei den Jugendlichen bereits um Hochkultur handelt oder ob an dieser Stelle bereits die Brücke geschlagen wurde.

Herr Sánchez Lansch glaubt, dass das Projekt vielmehr in beide Richtung wirkt. Zum Beispiel erhalten auch die Musiker etwas zurück, wenn sie im Anschluss an das damalige

Choreographieprojekt einzeln in Schulen vorwiegend niederer Bildungsschichten gehen und mit den Schülern gemeinsam komponieren, z.B. für Schlagzeug. Das z.B. ist sehr viel härtere Arbeit mit weit weniger glanzvollen Ergebnissen aber vielleicht sehr viel nachdrücklicherer Wirkung. Dabei wird trotzdem nicht nur Niedliches sondern ganz Erstaunliches geschaffen und der Begriff „Hochkultur“ erhält eine ganz neue Lebendigkeit, bzw. bricht seine Grenzen der Exklusivität und Verslossenheit auf, auch für die Musiker selbst. Die schützende Hülle der hohen Kunst wird somit zwar stellenweise aufgestochen, die Situation wird aber umso spannender in dem Moment, in dem etwas von außen eindringt und plötzlich ganz andere Fragen gestellt werden und auf ganz andere Aspekte aufmerksam gemacht wird.

André Schmitz stimmt zu, dass das meiste Geld in die Hochkultur fließt und am Ende zu wenig Geld für die Soziokultur übrig bleibt, deren Bedeutung dadurch möglicherweise unterschätzt wird. Das gleiche Phänomen passiert ganz parallel bei der privaten Förderung. Die Deutsche Bank fördert eben sehr viel eher die Philharmoniker als das Pfefferwerk. Noch komplizierter wird es in der Ressort übergreifenden Arbeit. Allerdings wird auch diesbezüglich viel passieren.

Der Moderator macht auf verschiedene Begrifflichkeiten aufmerksam, die in der Diskussion der Sozialwissenschaft um Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement regelmäßig auftauchen, und zwar dem Übergang von „niedlich zu wichtig“ sowie von „Veränderungsprozessen“, die plötzlich im kulturellen Zusammenhang wieder auftauchen. Solche Veränderungsprozesse scheinen allerdings sehr viel häufiger dort aufzutauchen, wo es um Soziokultur geht.

Auch Regine Lorenz räumt dazu ein, wie viel schwieriger es die Soziokultur im Bereich der Kulturförderung hat, da natürlich immer größtmögliche Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und möglichst breite Wirkung von den Geldgebern erwünscht wird. Es knüpft sich an die Förderung der Unternehmen natürlich auch die Hoffnung auf Imagegewinn. Um dieser Bewegung etwas entgegen steuern zu können, wurden über den Kulturpreis der deutschen Wirtschaft ein Förderpreis ins Leben gerufen, der unabhängig von der ohnehin Öffentlichkeitswirkung der jeweiligen Förderung aufmerksam machen soll auf das Projekt, bzw. die Förderung durch das Unternehmen. Dadurch soll Anreiz geschaffen werden, auch kleinere aber nicht minder förderungswürdige Projekte zu unterstützen. Insgesamt stellt sie ein Umdenken fest innerhalb der fördernden Unternehmen, was dieses Phänomen langsam

auflockert. Als Grund hierfür nennt sie die stetig zunehmende Bedeutung von Stiftungen, durch welche wiederum Unternehmen die Chance erhalten, sich als wirklicher Förderer zu verstehen. Dabei gratuliert sie der Senatsverwaltung zu dem auch dort sichtbar und erkennbaren diesbezüglichen Umdenken.

Der Moderator sieht in dieser Beobachtung einen möglichen Ansatz für politisches Handeln, einzelnen, möglicherweise weniger spektakulären Projekten Beachtung und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Damit öffnet er das Gespräch für das Publikum.

Als erste Wortmeldung beklagt Ines Eck von der Kunstlandschaft e.V. die sowohl finanziell, als auch gesellschaftlich bedauernswerte Stellung von Künstlern in Deutschland und fordert die Möglichkeit für bürgerschaftlich tätige Initiativen, auch in Berlin ein kostenfreies Bankkonto führen zu können.

Regine Lorenz erklärt, dass zwar eine Möglichkeit hierfür durchaus besteht, allerdings unter der zwingenden Voraussetzung, dass die entsprechende Initiative, bzw. ihr Projekt in irgendeiner Weise mit der Bank verbunden ist. Sie zitiert das bei internen Gesprächen regelmäßig von ihren Kollegen erwiderte Argument, das Geld, welches sie für die Kultur ausgeben darf, müsse schließlich auch von irgendwem verdient werden und erklärt sich gerne zu einem Einzelgespräch im Anschluss bereit.

Als nächste Wortmeldung bittet Frau Tresenreuter vom Sozialwerk Berlin den Kulturstaatssekretär, der ihr in seiner Stellung beim regierenden Bürgermeister vormals die Ehrenamtsmedaille überreicht hatte, nach einer kleinen Vergütung für die Träger dieser Medaille in Form von freien oder vergünstigten Eintrittskarten in Theater oder Oper.

Frau Christa Füller vom Kulturforum Berlin der SPD weist auf die historische Bedeutung von Kultur in Berlin hin. Sie lobt ausdrücklich die Hinwendung zur Förderung kultureller Bildung.

Herr Clemens Ufer vom Theater der Erfahrungen, Schöneberg, fragt nach einer Spezifizierung der von André Schmitz erwähnten Anlaufstelle für Kulturförderung.

Der Kulturstaatssekretär verweist auf das im Podewil eingerichtete Büro, bestehend aus zwei Mitarbeitern, die sich um die Vernetzung von Schulen mit kulturellen Institutionen kümmern. Er nennt Frau Meyer als Kontaktperson.

Die nächste Wortmeldung kommt von Claus Bubolz von der Brücke 7 e.V. Er berichtet von ihrem Engagement gegen Rechts und fordert, dass kulturelle Bildung schon in der Grundschule anfängt und eine ressortübergreifende Werteorientierung geschaffen und vermittelt wird. Als Beispiele schlägt er die Einführung von Wettbewerben, Preisen, Zertifikaten oder ähnlichem vor, um Jugendliche zu ermutigen, gegen Rechts zu debattieren. Dabei spricht er sich deutlich gegen eine „Vergewaltigung mit Kultur“ aus und fordert einen runden Tisch, an dem geredet aber nichts zerredet wird.

Regine Lorenz antwortet durch den Hinweis auf den 1. sächsischen Förderpreis für Kultur, der in der Dresdener Frauenkirche verliehen wurde und stimmt der großen Bedeutung von Kultur im Kampf gegen Rechts sehr zu. Die Debatte um Anerkennungskultur muss sich nach ihr auf ebensolche schwierigen Themen erstrecken.

Dr. Jacob Ladipoh vom Afrikaverband nimmt das Stichwort der Anerkennungs-, bzw. Unterstützungskultur auf und fragt, wie man die Förderung kultureller Bildung angehen will, wenn in 10 Jahren voraussichtlich 50 Prozent der Kinder in Berlin Migrationshintergrund haben werden. Er weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vorsorge für die Bekämpfung von Rechtsradikalität hin und bittet um mehr Gesprächsmöglichkeiten, bzw. erklärt sich zu jeglicher Zusammenarbeit bereit.

Der Kulturstaatsekretär unterstützt den Hinweis und will die Bereicherungskomponente der Migration und kulturellen Vielfalt der Stadt mehr mit einbeziehen.

Ulrika Zabel vom Zentrum für interkulturelle Anerkennung bedauert, dass der Schatz dieser Multikulturalität nie bewusst genutzt und unterstrichen wird. Sie fragt, in welcher Weise die Senatsverwaltung vorhat, dieses Potential gezielter einzusetzen und auszuschöpfen.

Der Moderator fordert die Podiumsteilnehmer zu einer abschließenden Stellungnahme auf, in der sie mitteilen sollen, welche Gedanken und Anregungen sie im Besonderen aus dem Gespräch mitnehmen.

Es beginnt Margita Hertel mit der Bekräftigung des enormen Spektrums an kultureller Aktivität in Berlin und der Forderung nach mehr Bedeutung der Rahmenbedingungen für das Ausschöpfen dieser Vielfalt.

Regine Lorenz fordert, dass Unternehmen sich bei ihrem Engagement nicht auf das Medium des Geldes beschränken und nimmt als einer von vielen Anregungen mit, wie, bzw. wo man sich als Unternehmen, zum Beispiel durch Tätigkeiten der eigenen Mitarbeiter, konkreter und selbst einbringen kann.

Enrique Sánchez Lansch lobt die Vielzahl großartiger Initiativen, die vollkommen unabhängig von großen und medienwirksamen Persönlichkeiten bestehen und ist begeistert von den vielen Projekten, bei denen Menschen an die Kultur herangeführt werden und selbst aktiv werden.

André Schmitz möchte einerseits an die Erfahrung der Dresdner Bank mit dem sächsischen Kulturförderpreis anknüpfen. Er bedauert, noch keine Antwort auf die Frage nach dem Ausschöpfen der kulturellen Vielfalt geben zu können und verspricht, sich in diese Richtung einzusetzen. Abschließend möchte er ein paar Opernkarten für Frau Tresenreuter und ihre Kolleginnen und Kollegen besorgen.

Rupert Graf Strachwitz bedankt sich für das Gespräch über dieses wichtige Thema und übergibt das Wort an Monika Helbig. Diese bedankt sich ebenfalls sehr herzlich bei allen Teilnehmern, sowohl auf dem Podium als auch im Publikum, für das spannende Gespräch. Sie weist auf die Schnittstellen zum nächsten Abendgespräch am 11. Januar 2008 zum Thema Engagement von Unternehmen hin, auf die Möglichkeit der Ausweitung ihres Engagements über die monetäre Förderung hinaus und stellt fest, dass die Senatskanzlei bereits um Änderungen der Rahmenbedingungen bemüht ist.

Die Veranstaltung endet gegen 21.15 Uhr. Anschließend lädt der Senat alle Teilnehmer ein, bei einem kleinen Empfang, die Gelegenheit zu informellen Diskussionen zu nutzen.

5. Abendgespräch* :

Berliner Rathaus, 22. Januar 2008

" Wirtschaft / Corporate Social Responsibility "

Die Veranstaltung beginnt kurz nach 19:00 Uhr. Es nehmen teil:

Staatssekretärin Monika Helbig

Impulsreferenten:

Dr. Eric Schweizer, Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Holger Backhaus-Maul, Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg

Auf dem Podium:

Dr. Heike Maria Kunstmann, Hauptgeschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

Dr. Frank W. Heuberger, Leitstelle Bürgergesellschaft der Staatskanzlei Rheinland Pfalz

Dr. Reinhard Lang, Unternehmen: Partner der Jugend (UPJ) e.V.

Moderation: Rupert Graf Strachwitz

Die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement des Landes Berlin, Staatssekretärin Monika Helbig, begrüßt die Anwesenden. Nachdem sie darauf verwiesen hat, dass dieses Gespräch das letzte der Reihe "Abendgespräche" ist, stimmt sie auf das Thema des Abends – *corporate social responsibility (csr)* – ein.

Sie rückt die kleinen und großen Unternehmen und deren gesellschaftliches Engagement in den Fokus. Die Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen beinhaltet für sie auch eine Diskussion um Ethik und Moral – gerade in Zeiten von hohen Managergehältern und Standortverlagerungen. Ihr ist es wichtig, dass durch das Engagement von Unternehmen *win-win*-Situationen für alle Beteiligten entstehen.

Hierzu stellt sie die folgenden Fragen: Welche Formen des Engagement gibt es? Welche sind noch denkbar? Wie kann man Unternehmen ermuntern, sich zu engagieren? Welche

* Protokoll: Elke Becker, Berlin, den 13. Februar 2008.

Formen der Anerkennung gibt es? Wie kann man solches Engagement bekannter machen? Und wie kann es unterstützt werden?

Eine vom Berliner Senat beauftragte Studie für Berlin belegt, dass sich bereits eine Vielzahl der kleinen und mittleren Unternehmen gesellschaftlich engagieren. Hierzu gibt es eine Reihe guter Beispiele, die zeigen, dass unternehmerisches Agieren und Engagement für die Gesellschaft sich nicht nur nicht ausschließen, sondern sich auch gegenseitig bedingen.

Helbig verweist darauf, dass eine funktionierende Gesellschaft auf einer lebendigen Bürgergesellschaft basiert, nämlich aus Bürgerinnen und Bürger, die sich – frei nach John F. Kennedy – nicht nur fragen, „was kann mein Staat für mich tun?“, sondern auch, „was kann ich für meinen Staat tun?“.

Mit dem Begriff *corporate social responsibility* verbindet Helbig Stifter oder Mäzene und Unternehmen, die mehr tun, als sie eigentlich müssten. Als Beispiele nennt sie die Berücksichtigung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, die Unterstützung sozialer oder kultureller Einrichtungen oder Umweltaspekte sowie die Verhinderung von Korruption und Kinderarbeit.

Die Staatssekretärin stellt die beiden Impulsreferenten vor. Dr. Eric Schweitzer hat sich als Präsident der IHK Berlin und auch privat stark für die Berücksichtigung von Engagement in Unternehmen eingesetzt und damit Maßstäbe gesetzt. Holger Backhaus-Maul von der Universität Halle-Wittenberg beschäftigt sich seit Jahren mit Formen unternehmerischen Engagements aus wissenschaftlicher Sicht.

Bevor sie das Wort an den Moderator Rupert Graf Strachwitz übergibt, fragt Helbig, warum nicht bereits engagierte Unternehmen ihre Aktivitäten auf einer gemeinsamen Plattform präsentieren, gemeinsam Projekte entwickeln, zu Vorbildern werden und damit auch andere mitziehen. Sie bietet hierfür das Stadtportal www.berlin.de an und plädiert abschließend dafür, den Berliner FreiwilligenPass intensiver „zu leben“. Sie begrüßt es, wenn der FreiwilligenPass in Personalentscheidungen einbezogen wird. Abschließend verweist sie auf die frisch erschienene Broschüre zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement in Berlin“, hrsg. von der Senatskanzlei Berlin in Kooperation mit BerlinPartner GmbH.

Auch der Moderator Graf Strachwitz begrüßt die Anwesenden. Bevor er die Podiumsteilnehmer vorstellt, verweist er darauf, dass Unternehmen nicht nur Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch von Gesellschaft sind. Gleichzeitig betont er,

dass die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren Wirtschaft und Zivilgesellschaft – ebenso wie zwischen den Sektoren Staat und Zivilgesellschaft – noch nicht angemessen funktioniert.

Dr. Schweitzer beginnt seinen Input-Beitrag mit der Frage, was eigentlich mit „sozial verantwortlichem Unternehmertum“ gemeint sei – ob dies nur ein neuer Begriff ist, oder ob auch neue Inhalte gemeint sind. Seines Erachtens wussten gute Unternehmer stets, dass wirklich gutes Unternehmertum mehr als reine Pflichterfüllung – nämlich auch gesellschaftliche Verantwortung – ist. Als Beispiele nennt er den Einsatz für die Heimatregion des Betriebes durch Förderung von Sport und Kultur, für die Mitarbeiter und deren Familien oder für die Umwelt. Nichts anderes als sozial verantwortliches Unternehmertum ist es auch, wenn Unternehmen sich darum kümmern, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz und damit eine berufliche Zukunft bekommen. Oder wenn darauf geachtet wird, dass Zuarbeiten von Geschäftspartnern unter menschenwürdigen Arbeitsumständen geleistet werden.

Dr. Schweitzer vertritt grundsätzlich die Auffassung, dass die wichtigste Messlatte unternehmerischen Erfolgs ein nachhaltiges wirtschaftliches Ergebnis ist. Davon hängt schließlich auch das Wohlergehen vieler ab. Aber freiwilliges gesellschaftliches Engagement ist nicht gleichzusetzen mit Altruismus, sondern oft ein Engagement aus wohlverstandenen Eigeninteresse. Zu nennen sind hier Imagepflege und Verbesserung von Kundenbeziehungen, aber auch personalpolitische Erwägungen wie Motivation und Bindung von Mitarbeitern. Zusätzlich ist ökologisches und soziales Verhalten von Unternehmen mittlerweile auch ein Thema für Finanzanalysten. Er verweist darauf, dass die *csr performance* weltweit operierender Unternehmen inzwischen zu einem wichtigen Kriterium an der Börse geworden ist. Mit der Einführung des *Dow Jones Sustainability Index* (DJSI) an der New Yorker Börse 1999 und dem *Dow Jones Sustainability Index Europe* im Jahr 2001 reagierte man auf das öffentliche Interesse. Diese Indizes schließen heute mehr als 300 Unternehmen in 23 Ländern ein, die beim Einsatz nachhaltiger Entwicklung sowie bei sozialen Kriterien führend sind.

Dr. Schweitzer weist darauf hin, dass auch in Berlin Unternehmen und Unternehmer schon lange gesellschaftliche Verantwortung praktizieren und zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Unternehmenskultur machen. Als Beispiele für das Engagement Berliner Unternehmen nennt er den Neuköllner Opernpreis, die Unterstützung für das Kreuzberger Jugendhilfeprojekt „Schlesische 27“ und die unentgeltliche Ausstattung von Berliner Schulen

und Jugendtreffs mit Computern. Ohne private Unterstützung wären viele Berliner Projekte im sozialen Bereich, in Kultur oder Sport nie entstanden oder stünden vor dem finanziellen Aus. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Franz-von-Mendelssohn-Medaille, die in diesem Jahr zum vierten Mal durch den Präsidenten der Handwerkskammer Berlin, Stephan Schwarz, und ihn selbst ausgelobt wird. IHK und Handwerkskammer würdigen damit Berliner Unternehmen, die mit Herz und Hand helfen.

Dr. Schweitzer berichtet, dass Ergebnisse einer aktuellen Studie zu *csr* in Berlin gezeigt haben, dass *csr* sowohl als Begriff als auch als Konzept in vielen Unternehmen noch nicht bekannt sind. Das bedeutet auch, dass selbst Unternehmen, die viele Einzelmaßnahmen durchführen, ihr Engagement überwiegend nicht mit ihrer Unternehmensstrategie verbinden. Gleichzeitig kommunizieren aktive Unternehmen ihr Engagement bisher kaum. Auch eine Kontrolle der Maßnahmen findet bei kleineren Unternehmen seltener statt – die Mittel werden häufig spontan eingesetzt. Dies zeigt deutlich, dass die Berliner Unternehmen zwar bereits sehr aktiv sind, gleichzeitig jedoch auch, dass durchaus weiterer Professionalisierungsbedarf besteht, um aus dem Engagement den größtmöglichen Gewinn zu ziehen.

Dr. Schweitzer unterstreicht, dass die IHK Berlin hier auch zukünftig ansetzen will: So hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) z.B. eine Broschüre "Mit gesellschaftlicher Verantwortung gewinnen" herausgegeben. Die Projekte darin sind gleich in mehrfacher Hinsicht repräsentativ und sollen Mittelständler auf ihrem Weg zu einem erfolgreichen gesellschaftlichen Engagement begleiten. Seines Erachtens ist aber auch die Politik gefragt. Mit dem Verweis auf Staatssekretärin Helbig ist in Berlin ein erster großer Schritt bereits getan. Aufgabe der Politik ist es in erster Linie, die zusätzlichen Leistungen der Wirtschaft in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen. Auf Bundesebene hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im vergangenen Jahr eine Forschungsstudie zum Thema "*Corporate Social Responsibility* zwischen Markt und Politik" in Auftrag gegeben. Diese soll auch aufzeigen, wie Politik handeln kann.

Abschließend betont Dr. Schweitzer, dass das Gefühl, etwas Gutes zu tun, auch eine durchaus eigennützige Komponente hat: Wer Gutes tut, bekommt meistens noch mehr zurück, als er gegeben hat. Ein Beispiel: In der Bundesrepublik Deutschland erkranken jährlich rund 2.000 Kinder und Jugendliche an Krebs. Ein Erkenntnisgewinn im Hinblick auf die Ursachen von Krebs bei Kindern ist dringend notwendig. Die Alba AG unterstützt daher

seit 1997 den Verein zur Förderung der Klinik für krebskranke Kinder e.V. Berlin, der zwischenzeitlich ein Kinderkrebsforschungszentrum ins Leben gerufen hat.

Er sieht sich in seiner Funktion als IHK-Präsidentin der Verantwortung für einen Appell an alle IHK-Mitglieder, Vorbild zu sein, Verantwortung zu übernehmen und dies auch zu zeigen! Denn Unternehmer und Unternehmenslenker tragen nicht nur eine große Verantwortung für ihre Mitarbeiter und deren Arbeitsplätze, sie prägen auch das Bild "der Wirtschaft" in der Öffentlichkeit, ob sie wollen oder nicht.

Backhaus-Maul kündigt an, sich dem Thema *csr* durch eine „kritische Würdigung“ zu nähern. Dabei findet eine Annäherung grundsätzlich schwierig, da der Begriff *csr* noch sehr offen und unklar diskutiert wird. Eine Diskussion zu der Thematik wird von ihm aber grundsätzlich begrüßt, da sie dazu beiträgt, den Begriff zu schärfen. Er verweist darauf, dass es keinen deutschen Terminus für *csr* und seinen Varianten gibt, was ihn hierzulande zusätzlich schwer greifbar macht. Des Weiteren wird seines Erachtens mit unternehmerischem Engagement eine Reihe von Mythen in Verbindung gebracht. Als Beispiel hierfür nennt er die bereits angesprochenen *win-win*-Situationen, die ihm als Soziologen „verdächtig“ erscheinen, da es für ihn ungewöhnlich ist, dass zwei sehr unterschiedliche Strukturen aufeinander stoßen, zusammenarbeiten und dabei beide primär einen Nutzen davon tragen. Auch bezüglich der vermeintlich strategischen Vorgehensweise und dem wohl kalkulierten unternehmerischen – auf eigene Zwecke ausgerichteten – Engagement mahnt er einen kritischen Blick an. Schließlich sind manche Ergebnisse offen. Er sieht in dieser Offenheit allerdings keine Nachteile und verweist darauf, dass diese Diskussion einfach noch etwas Zeit benötigt. Dabei ist der Begriff *csr* seines Erachtens als solcher gar nicht so neu: So hat der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland eine Tradition, die von vielen engagierten Unternehmen gelebt wird. Allerdings trifft derzeit eine spezifisch deutsche auf eine globale Diskussion. Er empfiehlt, die deutsche Kultur in diesem Kontext besser zu würdigen.

Als die zwei wesentlichen Akteure beim *csr* nennt Backhaus-Maul die Unternehmen und die gemeinnützigen Organisationen. Dabei sind die Aktionsfelder aber klassische Felder öffentlicher Aufgaben bzw. Domänen staatlichen Handelns, wie Soziales, Kultur und Ökologie. Der Staat hat hierbei zwar ein Alleinstellungsmerkmal, weil nur er legitimiert ist, in diesen Feldern demokratisch zu entscheiden. Die Aktivitäten von Unternehmen hingegen sind freiwillig, und sie können spontan entscheiden, etwas zu tun oder zu lassen. Der Staat

ist seines Erachtens die wichtige Institution, die Rahmenbedingungen setzt. Er empfiehlt, gemeinnützige Institutionen überhaupt in die Lage zu versetzen, mit Unternehmen in Dialog zu treten. Viele sind zu stark damit beschäftigt, die tägliche Arbeit abzusichern, um mit Unternehmen auf Augenhöhe kommunizieren zu können.

Im weiteren Verlauf differenziert Backhaus-Maul freiwilliges gesellschaftliches Engagement von Unternehmen und *csr*. Letztere zielt sehr viel stärker auf innerbetriebliche Abläufe und die Wertschöpfungskette, also eine Binnenorientierung ab. Er selbst bezieht sich im Folgenden primär auf den ersten Begriff, also das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen in Gesellschaft und Gemeinwesen.

Er verdeutlicht, dass Unternehmen in Deutschland, allein auf Grund rechtlicher Rahmenbedingungen, selbstverständlich handeln, wofür sie sich in anderen Ländern zusätzlich engagieren müssten. Beispielhaft nennt er Tarifverträge, Aktivitäten von Gewerkschaften, Sozialversicherungsabgaben, Sozialleistungen etc. Im Vergleich zu den USA steht Deutschland damit empirisch gar nicht schlecht da. Bei der Betrachtung gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen fällt in vielen Fällen auf, dass dieses unmittelbar nicht sehr stark mit wirtschaftlichen Nutzenerwägungen verknüpft ist. Eine Verknüpfung von Investition und wirtschaftlichem Profit spielt keine so große Rolle. Vieles sind Suchbewegungen, die eher spontan zum Tragen kommen. Oft gibt es keine personelle Zuordnung, und die Verbindungen sind eher informeller Natur. Des Weiteren fällt auf, dass es große Unterschiede zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen gibt. Letztere reden zwar oft eher mit in der globalen Diskussion, sind aber nicht so aktiv wie die kleineren Unternehmen, die sich mit der globalen Diskussion gar nicht in Verbindung bringen, von dem Dialog der Großen aber lernen könnten. Ein Dialog zwischen den Gruppen ist seines Erachtens durchaus gewinnbringend.

Das Engagement von Unternehmen zeigt sich in den häufigsten Fällen durch Geldspenden, wohingegen das Engagement durch Bereitstellung von Arbeitskräften oder Arbeitszeit in Deutschland eher selten gegeben ist. Unterstützt wird in der Regel das lokale Umfeld, die Bereiche Sport und Freizeit, dann Erziehung und Bildung, schließlich Kommune und Gemeinwesen und abschließend Soziales. Als Partner von Unternehmen sind hierfür zu nennen: Lokale Vereine, Kindergärten und Schulen. Die Wohlfahrtsverbände und die Kommunalverwaltung spielen keine auffällige Rolle. Natürlich unterliegen diese von Backhaus-Maul gemachten Angaben regionalen Unterschieden. In der Regel suchen sich

die Unternehmen ihre Partner, ohne dabei einen festgelegten Aktionsplan oder ein Konzept zu verfolgen, vielmehr sind ihre Aktivitäten persönlich geprägt und spontan. Damit kann unternehmerisches Engagement als Ort des Experimentierens bezeichnet werden, der nicht zu ihrem Kerngeschäft gehört.

Zum Ende seines Einführungsvortrages fragt Backhaus-Maul, was die Rolle des Staates beim *csr* sei. Er schreibt ihm die Aufgabe zu, Arrangements zwischen dem Nonprofit-Sektor und Unternehmen zu knüpfen, und dazu gehört es, die entsprechenden Nonprofit-Organisationen in die Lage zu versetzen, mit Unternehmen zu kommunizieren. Hierbei gibt er zu bedenken, dass die Selbstwahrnehmung des Staates in den letzten Jahren einer Vielzahl von Veränderungen unterlag. Der Staat ist gerade dabei, sich selbst und seine Rolle neu zu finden. Dazu zählt, dass der Staat sich zuweilen auch zurücknehmen muss. Abschließend stellt Backhaus-Maul fest, dass der Umgang zwischen gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen bei weitem nicht immer konfliktfrei war und ist. Grundsätzlich hält er fest, dass es ein erhebliches Innovationspotential bei gemeinnützigen Organisationen gibt, dieses aber durch einen besseren Umgang, dazu gehört eine Mindestausrüstung für dieselben, optimiert werden kann. Es muss für Unternehmen attraktiv sein, freiwillig in diesem Spiel mitzuspielen.

Graf Strachwitz richtet seine erste Frage auf dem Podium an Frau Dr. Kunstmann und bittet sie um ihre Einschätzung, ob sie als Vertreterin der Arbeitgeberseite den Eindruck hat, dass Unternehmen es tatsächlich positiv sehen, wenn sich ihre Mitarbeiter engagieren und z. T. auch die Arbeitszeit davon betroffen ist. Frau Dr. Kunstmann reagiert auf diese Frage mit ihrer persönlichen Erfahrung als Personalverantwortliche in einem größeren Konzern. Für sie hat das Engagement von Bewerbern für die Gesellschaft immer eine Rolle gespielt, da es eine bestimmte geistige Haltung sowie Team- und Verständnisfähigkeit widerspiegelt. Grundsätzlich ist es ihres Erachtens aber wichtig, Menschen in die Erwerbstätigkeit zu bringen, da man sich Engagement leisten können muss, was durch einen funktionierenden Arbeitsplatz erleichtert wird.

Daraufhin wendet sich der Moderator an Herrn Dr. Heuberger und wundert sich vor diesem Hintergrund, woher dann Verständigungsschwierigkeiten kommen, und ob nicht dem Staat auch die Aufgabe zufällt, zu vermitteln. Der Angesprochene verweist auf eine Zwickmühle, da er beruflich zwar den Staat vertritt, aber darüber hinaus durch seine Aktivitäten im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) über bundesweite Einblicke in den

Sektor verfügt. Zunächst bezieht er sich auf die Inputbeiträge und vertritt die Auffassung, dass es den angesprochenen traditionellen Wertekanon, insbesondere bei den großen Unternehmen, nicht mehr gibt. Als Beispiel nennt er die aktuellen Ereignisse um den Konzern Nokia. Er unterstreicht, dass der Staat auf der Suche nach neuen Aufgaben ist, wie Vermittlung, Moderation und Ermöglichung. Entsprechend müssen auch die Unternehmen für sich eine neue Rolle definieren. Vor dem Hintergrund, dass der Staat hierzulande vergleichsweise stark ist und auf ganz andere Art und Weise funktioniert, wird dort eine ganz andere Sprache gesprochen als in lokalen Vereinen oder ähnlichen Institutionen. Dr. Heuberger sieht den Staat häufig zu sehr als Bittsteller gegenüber Unternehmen und nicht als Ansprechpartner auf gleicher Augenhöhe. Auch die Zivilgesellschaft ist nicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen.

Dem widerspricht Dr. Schweitzer. In seinen Augen verlangt der Staat Anpassung aller Akteure, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Durch Steuern zahlen Unternehmen und Bürger einen erheblichen Beitrag für einen starken Staat, der dann noch zusätzliche Leistungen erwartet. Seines Erachtens ist eine Anerkennungskultur und gegenseitiger Respekt unabdingbar.

Graf Strachwitz ordnet Herrn Dr. Reinhard Lang als "zwischen diesen beiden Stühlen sitzend" ein und fragt ihn, wie er diesen Konflikt aushält. Dr. Lang erläutert, dass es notwendig ist, sich in allen drei Sektoren (Staat, Markt und Zivilgesellschaft) gut auszukennen, um eine Mittlerrolle einnehmen zu können. Dies impliziert eine differenzierte Betrachtung der Situation: So ist beispielsweise eine Gemeinde in Nord-Brandenburg keineswegs mit einem starken Staat gleichzusetzen. Seitens der bürgerschaftlichen Organisationen gibt es dort durchaus Bittsteller-Situationen. Projekte, bei denen sich Unternehmen mit Mitarbeitern engagieren, bringen Effekte, die Menschen einen Zugang in andere Lebenswelten vermitteln. Er verweist darauf, dass Bittsteller-Rollen möglicherweise durch *csr* und damit gemeinsame Interessen überwunden werden. Die Aufgabe eines Mittlers ist es dabei stets, eine *win-win*-Situation zu erzielen. Solche gemeinsamen Ansätze zu finden, ist eine Kunst, so Dr. Lang.

Graf Strachwitz richtet die Frage an Dr. Kunstmann, ob es in Unternehmen Prozesse gibt, die Engagement forcieren. Diese verweist darauf, dass es mehr Prozessorientierung gibt, als man gemeinhin meint, da es schließlich auch um Finanzen geht und damit eine gewisse Transparenz gefordert ist, indem darüber Rechenschaft abgelegt werden muss.

Grundsätzlich verweist sie darauf, dass es vor wenigen Jahren noch einfacher war, an Gelder für interessante Projekte zu kommen. Zusätzlich geht sie noch einmal auf den Aspekt „Wertekanon“ ein und erinnert daran, dass Deutschland ein klarer Globalisierungsgewinner ist, also Gewinne erzielt, mit denen sich Unternehmen durchaus engagieren. Allerdings gibt sie zu bedenken, dass es für ein Unternehmen nicht immer einfach ist zu entscheiden, wofür Mittel vergeben werden sollen. Sie wünscht sich mehr Orientierungshilfen, wo gerade Unterstützungen gefragt sind. Hier erwartet sie auch eine Prioritätensetzung von der entsprechenden Kommune und Unterstützung von der öffentlichen Hand.

Dr. Heuberger greift noch einmal den Fall Nokia als Beispiel eines Großunternehmers auf, indem er darauf verweist, dass sich hier ein Unternehmen gegenüber dem Staat und der Zivilgesellschaft ausgesprochen kompetent gezeigt hat, diese Vorbildlichkeit aber nach innen überhaupt nicht funktioniert hat. Zusätzlich bedauert er, dass keine der 180 Freiwilligenagenturen Deutschlands von Unternehmen unterstützt wird.

Daraufhin zeigt sich Backhaus-Maul ein wenig neidisch, indem er darauf verweist, dass Personen wie Dr. Kunstmann oder Her Dr. Schweitzer gewissermaßen umworben werden und ihnen die Gelegenheit gegeben wird, Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Er sieht Gestaltungsfelder insbesondere in den Bereichen, in denen sich der Staat zurückzieht. Dort können Unternehmen auch gesellschaftspolitisch aktiv werden – und dies nicht nur finanziell, sondern auch mit Humankapital und Know-how. Er fragt nach ihrem Bild von Zivilgesellschaft und den Partnern, die sich für Gesellschaftsgestaltung anbieten.

Dr. Schweitzer mahnt an, dass das Fehlverhalten Einzelner nicht die ganze Kaste Unternehmer betrifft – schließlich gibt man damit Vielen Unrecht. Seine Vorstellung von Gesellschaft ist es, dass es durchaus einen gemeinsamen Wertekanon gibt, schließlich bildet der heutige Mittelstand das Rückgrat der Gesellschaft. Er empfiehlt, dass sich der Staat wirklich auf seine Kernaufgaben beschränkt. Hier nennt er insbesondere die Bildung, da sie die Basis für Wohlstand und derzeit in Deutschland defizitär ist. Er stellt die Frage in den Raum, was wohl Deutschland und jeder einzelne bereit wäre, für Bildung finanziell aufzugeben. Ihm fehlt die Einsicht vieler Menschen, sich zu engagieren und nicht immer nach dem Staat zu rufen. Dann könnte sich der Staat auf die tatsächlich Hilfsbedürftigen konzentrieren.

Graf Strachwitz verweist darauf, dass ein Aufruf nach besserer Bildung auch eine Bildung zu mehr Engagement implizieren muss, da damit auch eine gewisse Gesellschaftsfähigkeit erreicht wird. Dr. Lang bezieht sich auf seine Erfahrungen aus der Praxis und vertritt die Meinung, dass die alten Rollen nicht mehr funktionieren. Zum Beispiel engagieren sich Unternehmen zunehmend da, wo die übliche Problemlösung nicht mehr funktioniert. Dies bedeutet für ihn, dass die Unternehmen sich engagieren, weil der Staat versagt hat. Im Bereich der Bildung tun sie dies, weil sie auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen sind. Bei den Mitarbeitern hoffen sie, dass ihnen durch Engagement neue Horizonte eröffnet werden, indem sie Einblicke in andere gesellschaftliche Bereiche bekommen. Seines Erachtens gibt es derzeit einer Art Boom, Engagement-Programme in Unternehmen anzubieten. Damit gewinnt man auch neue Personen für Bürgerschaftliches Engagement.

Dr. Kunstmann unterstreicht ihre Vision von Zivilgesellschaft durch die „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ der Arbeitgeberverbände. Ihres Erachtens ist Engagement weniger politisch, als vielmehr politikunabhängig oder politikübergreifend. Mitarbeiter müssen durch Unternehmen ermutigt werden, diese Unabhängigkeit in ihrem privaten Bereich zu erlernen – jenseits der finanziellen Unterstützung. Ein Unternehmen kann hier mit zeitlicher Freistellung entgegen kommen und damit Engagement ermöglichen.

Dr. Heuberger verweist darauf, dass es in Deutschland bereits eine Reihe von Unternehmen mit einer geregelten Freistellungsregelung für bürgerschaftliches Engagement gibt. Aus seinen Erfahrungen aus dem BBE, das ebenfalls nicht parteipolitisch ist, berichtet er von einer Plattform, auf der Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam diskutieren können. Zwar seien in den Gremien Plätze für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorgesehen, diese würden aber an diesen Runden nicht teilnehmen, was er sehr bedauert. Er begrüßt, dass Engagement bei der Einstellung eine Rolle spielt, und unterstützt Initiativen wie den FreiwilligenPass. Unternehmen müssen aber noch mehr die Lebenserfahrung, die man durch Engagement gewinnt, als Qualität erkennen.

Daraufhin öffnet Graf Strachwitz die Runde auch für das Plenum. Prof. Dr. Wolfgang Kehr spricht von seinen Erfahrungen aus den USA, wo *csr* eine weitaus größere Rolle spielt als in Deutschland. Indem der Staat weniger tut, sehen die Bürger dort eine ganz andere Notwendigkeit, sich zu engagieren, entsprechend bewegt sich auch die Haltung der Unternehmen. Auch in Deutschland lässt die Leistung der öffentlichen Hand nach.

Entsprechend fragt er – auch wenn bereits einiges getan wird – wie man die Haltung der Unternehmen formen kann, die derzeit noch nichts tun, und welche Rolle IHK, BDI u. ä. dabei spielen können.

Darauf bezieht sich Prof. Dr. Rolf Kreibich auf das Impulsreferat von Backhaus-Maul und verweist auf Unterschiede zwischen allgemeinem gesellschaftlichem Engagement und unternehmerischem Engagement. Des Weiteren betont er seine Erfahrung, dass *csr* durchaus eine *win-win*-Situation beinhalten kann und soll, schließlich ist dies auch ein wesentlicher Faktor, warum sich Unternehmen engagieren, z.B. indem es dadurch stärker motivierte Mitarbeiter und ein besseres Image gibt. Schlussendlich verweist er darauf, dass die Gesellschaft durch die Zusammenarbeit von Unternehmen und der Zivilgesellschaft nur gewinnen kann.

Mieke Senftleben kritisiert Dr. Heubergers Frage nach finanziellem Engagement von Unternehmen für Freiwilligenagenturen, da sie somit zu reinen Geldgebern degradiert würden. Gesellschaftliches Engagement müsse auch Freude machen und kann, wie das Podium gezeigt hat, auch durchaus operativ sein. In ihres Erachtens muss durch die öffentliche Hand eine Infrastruktur geschaffen werden, wie Engagement kanalisiert werden kann. Hierzu gehört auch eine Anerkennungskultur, die das Engagement im Lebenslauf registriert. Sie hinterfragt, dass bei dem Zeugnis eines Real- oder Hauptschülers wirklich darauf geachtet wird.

Christiane Richter von Senior Partner in School e.V. verweist auf das Problem, dass es zwar viele gute Ideen gibt, die finanzielle Absicherung aber ein ständiges Problem darstellt. Auch wenn die Ehrenamtlichen kein Geld benötigen, wird Geld für Strukturen, Sachkosten etc. gebraucht. Ihre Vision ist eine Gesellschaft, in der jeder bereit ist, sich nach seinen Möglichkeiten einzubringen.

Jürgen Clausen (Freiwilligen-Initiative "Schüler lernen Verantwortung - Lernen durch Engagement") erinnert daran, dass Bildung Sache des Staates ist und es nicht sein kann, dass bereits ein Realschüler Probleme hat, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Dr. Heuberger freut sich zunächst darüber, dass in den letzten Jahren durchaus auch sehr viel erreicht wurde. Freude und Spaß sind zusehends wichtige Motivationen für Engagement geworden, was auch einem gesellschaftlichen Wandel und einem Wandel im Anspruch an

Engagement entspricht. Grundsätzlich mahnt er an, dass die Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung hilfreich sein kann. Allerdings bemängelt er die mangelnde Einflussnahme des Staates auf die kommunale Ebene, weil dem Staat damit häufig die Übersicht – auch für Problemfelder – fehlt. Seines Erachtens ist der Staat zuweilen zu weit von der Basis entfernt.

Dr. Kunstmann freut sich über die Aspekte Spaß und Freude. Sie betont aber, dass es auch eine gewisse Kritikfähigkeit braucht, mit dem umzugehen, was der Staat von seinen Bürgern verlangt. Sie nennt Steuern und Gebühren als Beispiele dafür, was bereits von der Bürgerschaft verlangt wird. Im Gegenzug ist es die Aufgabe von Bürgern und Unternehmen, dem Staat auf die Finger zu schauen, was mit den Steuergeldern und Abgaben in Deutschland passiert.

Backhaus-Maul sieht in einer Vielzahl der Statements einen zu starken Verweisungszusammenhang zwischen Staat und Unternehmen. Beispielsweise bei der „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ hätte er sich durchaus mehr Investition in die Zivilgesellschaft gewünscht, anstatt ein neues Politikfeld aufzuziehen. Er sieht hier zu sehr Reiz und Reaktion in einem konventionellen Politikfeld, anstatt Innovation. Auch die Entwicklungen um Nokia zeigen eine Neuorientierung von Politikern, die sich sehr wohl eingemischt haben. In der Debatte um zivilgesellschaftliches Engagement sind die Verbände seines Erachtens nie die Speerspitze der Innovation gewesen. Seine Anregung ist es, sich derzeit tatsächlich mehr auf die Unternehmen zu konzentrieren, die bereit und in der Lage sind, sich zu engagieren. Abschließend betont er noch einmal, dass er *win-win*-Situationen grundsätzlich begrüßt, hinterfragt aber weiterhin, ob die Erwartungen beim *csr* dem wirklich Stand halten können. Des Weiteren ermuntert er dazu, den Dialog zu dieser Thematik fortzusetzen.

Auch Dr. Lang betont, dass es wichtig ist, sich zusammensetzen und zu reden, allerdings ist es zunehmend wichtig, über das „wie“ zu sprechen und nicht über das „ob“. Hierzu gehört auch eine Qualifizierung von Engagement. Zum einen ist eine gewisse Qualität zu sichern und zum anderen ist zu erfassen, welche Projekte vor Ort die wesentlichen sind. Die Infrastruktur hierfür muss durch den Staat geleistet werden. Von einer gesamtstädtischen Strategie erhofft er sich allerdings, dass diese von möglichst vielen kompetenten Akteuren entwickelt wird.

Dr. Schweitzer unterstreicht noch einmal, dass unternehmerisches Engagement freiwillig sein muss. Er weiß von vielen *win-win*-Situationsen und findet sie auch nicht negativ. Die Kernfunktion eines Unternehmens sei es zunächst, Geld zu erwirtschaften. Daraus leiten sich Pflichten ab, die über Steuern hinausgehen und Vorbildfunktion haben. Engagement spielt nicht nur bei der IHK eine große Rolle, er bekommt das auch im Gespräch mit Unternehmen mit und sagt zu, diese Thematik in Gesprächen mit Unternehmen zu vertiefen. Was den Nachwuchs betrifft, stellt er fest, dass sich die Ausbildungssituation durchaus verbessert hat. Die Schnittmenge von Schule und Wirtschaft funktioniert aber oft nicht mehr. Entsprechend müssten Schulen und Unternehmen mehr zusammenarbeiten.

Graf Strachwitz hebt aus der Diskussion folgende wichtige Punkte hervor:

- In dieser Diskussion befindet man sich stärker als in den vorhergehenden Diskussionen in einem Lernprozess.
- Es ist eine politische Aufgabe, Lernprozesse zu befördern.

Er wünscht sich, dass wir weiter lernen und weiterdenken und bedankt sich dafür, dass diese Reihe stattfinden konnte. Ebenso bedankt er sich für die kontroverse Diskussion, insbesondere an diesem Abend, und übergibt das Wort an die Staatssekretärin. Diese verspricht, an den in der Diskussionsreihe gewonnen Erkenntnissen und Anregungen weiterzuarbeiten. Sie sieht die Aufgabe des Staates darin, Rahmenbedingen zu schaffen und Anstöße zu geben, dass sich die Zivilgesellschaft aus sich heraus entwickelt und Aufgaben wahrnimmt. Hierfür gilt es, Strategien zu entwickeln. Sie schließt den Abend mit einem Dank an das Podium, den Moderator und das Publikum.

Der offizielle Teil der Veranstaltung endet um ca. 21.15 Uhr. Anschließend findet auf Einladung des Senats ein Empfang statt, bei dem die Gespräche informell fortgesetzt werden.

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter <http://www.opuscula.maecenata.eu>

2002	Nr. 9	Förderstiftungen Eine Untersuchung zu den Destinatären. Frank Adloff
	Nr.10	Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts Eingearbeitet in die durch das Gesetz geänderten Gesetze und Verordnungen. Gesine Bock (Bearb.)
2003	Nr. 11	Die Verwaltungskosten von Nonprofit-Organisationen Ein Problemaufriß anhand einer Analyse von Förderstiftungen Rainer Sprengel, Rupert Graf Strachwitz, Susanne Rindt unter Mitarbeit von Sabine Walker und Carolin Ahrendt
	Nr. 12	Die Kultur der Zivilgesellschaft stärken - ohne Kosten für den Staat Gutachten für den Deutschen Kulturrat Rupert Graf Strachwitz
	Nr. 13	Staatliche Förderungsmöglichkeiten für das Fundraising von Umwelt- und Naturschutzverbänden Gutachten für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Rainer Sprengel, Eva Maria Hinterhuber, Philipp Schwertmann, Bernhard Matzak
2004	Nr. 14	Sind NGOs transparenter als zwischenstaatliche Organisationen und internationale Unternehmen? Eine Analyse des Global Accountability Reports 2003 Annegret Reisner
	Nr. 15	Die gemeinnützige Aktiengesellschaft (gAG) Renaissance einer Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement? Rainer Sprengel
2005	Nr. 16	Spendensendungen und Spendenabwicklungspraxis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland Christoph Müllerleile
	Nr. 17	Die größten deutschen Stiftungen. Ergebnisse einer Stiftungsrecherche Thomas Ebermann, Rainer Sprengel
	Nr.18	Strategische Philanthropie Die Umsetzung des Stiftungszwecks durch eine Großstiftung am Beispiel der Fondazione Cariplo Philipp Hoelscher
	Nr. 19	Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Besteuerung Vorschlag für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts
2006	Nr.20	Die Stiftung als Schulträgerin Eine Untersuchung zur Möglichkeit der Trägerschaft kirchlicher Schulen durch Stiftungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen Stefan Sieprath
	Nr.21	Der lange Weg der sozialen Innovation – Wie Stiftungen zum sozialen Wandel im Feld der Bildungs- und Sozialpolitik beitragen können - Eine Fallstudie zur Innovationskraft der Freudenberg Stiftung The long march of social innovation – How charitable foundations can contribute towards social change in the fields of educational and social policy - A case study on the innovative vigor of the Freudenberg Foundation Pia Gerber
2007	Nr.22	Reformansätze im Bereich der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland Eine steuerrechtliche Analyse Vroni Kortz
2008	Nr.23	Die Stiftungsgabe - Beobachtung eines Reziprozitätskreislaufs Hans Christoph Kahlert
	Nr.24	Deutsche Stiftungen als ‚Venture Philanthropists‘? Sira Saccani